

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.

Inhalt: Gegen die Täuschungsversuche. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Tarife: Verhandlungen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Jahresberichte der Gewerkschaften: Breslau und Ostpreußen. Berichte: — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterverletzungen, Subventionen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Drei fassen. — Anzeigen. — Feuilleton: Bauornamente aus Gipsbeton.

Gegen die Täuschungsversuche.

In der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe drängt man von Anfang an beobachten, wie sich die Leitung des Arbeitgeberverbandes damit abmüht, die so überaus klaren Sachlage durch allerlei Künstlichkeiten zu verbergen und zu verdunkeln. Bei diesen Verdunkelungsmanövern handelt es sich weniger um die Täuschung der Arbeiterorganisationen — das das nicht möglich war, wüßten die leitenden Herren längst —, als vielmehr darum, der weiteren, nicht direkt beteiligten Öffentlichkeit, der nichts unbekannter ist, als sich in einem Fall eine eigene Meinung bilden zu sollen, und die darum auf jede mit dem gehörigen biederständigen Pathos verarbeitete „Information“ hineinfallen, blauen Dunst vorzumachen. Als wir mit der Veröffentlichung des Geheimprotokolls in die Mäntelschmiede des Bauarbeitgeberverbandes hineinleuchteten, da war dort guter Rat teuer. Hier half kein Abstreiten, hier war ein äußerliches Dokument, das man nicht für eine Fälschung ausgeben konnte, und dies Dokument enthielt in klaren, nur eine Deutung zulassenden Worten das Programm der Unternehmer.

Das Endziel ist darauf gerichtet, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigkeit erzielt wird, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung der Bauarbeiter größeren Umfangs durchgeführt werden soll. Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, um eine Kraftprobe unseres Bundes.

Und das hatte nicht irgend ein hinterwäldlerischer Schwärzler gesagt, nein, das waren die Worte des ersten Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, des im aeminnigsten Arbeiterhaß graugewordenen Baurats Felsich. Dies Programm, in Verbindung mit dem Entwurf eines Ausperrungsplans, mußte jeden Zweifel an den bösartigen Absichten des Arbeitgeberverbandes beseitigen. Auch in Kreisen, die man sonst gerade nicht der Arbeiterfreundlichkeit zeihen kann, kimpfte man die Rufe ob dieser Pläne, und die Bundesleitung glaubte etwas Befriedigendes auf die sich ungebärdig kräuselnden Wellen der Entrüstung geben zu müssen. Es folgte jener kurzschweifige Artikel des braven Dr. Miltenz und das hilflose Gefammel der Bundesleitung, wo von der „durchaus unbegründeten Meinungsauslegung des deutschen Baugewerbes“ die Rede war.

Diesen Abblendeversuchen der Unternehmer widerfuhr freilich ein hartes Schicksal; fast zur selben Zeit konnten wir mit einem neuen authentischen Aktentstück dienen, mit dem Rundschreiben der Leitung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, in dem dessen Verbandsdirektor Schmiedehaus mit gehobener Tonlage aufplauderte, daß der Vertragsentwurf des Bundes den Unternehmern „außerordentliche Vorteile“ biete und daß man ihn deshalb durchsetzen müsse, obwohl es sicher sei, „daß es ohne Kampf nicht abgehen wird“. Das Bekanntwerden dieses Rundschreibens war freilich eine recht bittere Pille für die sich so gern im Maskentanz des sozialen Tugendhohles bene, end Bundesleitung, aber man vertraute, unserer schnelllebigen Zeit, die derartig kompromittierende Dinge rasch vergißt, und im übrigen verließ man sich auf die in vielen Menschenaltern geübte Verdrehungskunst

jener Sorte von Presse, die ihr Brot dabei sucht und findet, daß sie sich für Geld und gute Worte von den Unternehmern zu allem gebrauchen läßt. So ganz uneben war diese Rechnung nicht. Nach einer kurzen Anstandsphase des Jögerns hob das Geßel an, erst vereinzelt, dann aber auf der ganzen Linie; heute kann man im letzten Winkelsblättchen lesen, daß „unserem Baugewerbe“ wieder eine durch die „unerschwingbaren Forderungen der sozialdemokratischen Maurer“ hervorgerufene Krise drohe, in deren Verlauf den Gewerkschaften hoffentlich der notwendige Denkgeld gegeben werde, den sie wegen der verteuerten Wohnungsmieten auch reichlich verdient hätten.

Was verschlägt es den Matador des Bundes, daß jeder halbwegs unterrichtete Mensch die Verlogenheit dieser Verheißung auf den ersten Blick erkennt! Das mühten ja sonderbare Unternehmer sein, die darauf Gewicht legen. Der Zwang muß erreicht werden! Das „hochverehrte Publikum“ muß so bearbeitet werden, daß die allgemeine Einführung der Streiklausel gelingt, und daß daneben die „Stimme des Volkes“ dem Bundes das moralische Recht zuerkennt, wenn er die Zeit der Geschäftstodung dazu zu benützen versucht, einigen Hunderttausend Arbeiterfamilien, die jetzt noch todmatt von der winterlichen Hungertur sind, das Brot vom Munde wegzunehmen, und ihnen auf Jahre hinaus die Hände zu binden, die sie sonst vielleicht zur Gegenwehr gebrauchen könnten.

Einen solchen Versuch zur Verdunklung der Tatsachen haben wir jetzt wieder vor uns. Es ist ein sogenannter „Wahrschmelzer“, eine Fälschung des Arbeitgeberverbandes, die er der Presse zur Veröffentlichung übergibt. Selbstverständlich haben schon Hunderte von konservativen, national-liberalen, freimüthigen und „unparteiischen“ Blättern diesen neuesten Täuschungsversuch vollführt, und wo man den Widerspruch der christlich organisierten Arbeiter nicht zu fürchten hat, haben sich auch wohl Zentrumsblätter in den heiligen Dienst der Arbeiterfälschung gestellt. Wessens geschieht es in folgender Form:

„Zur Aufklärung über die Möglichkeit eines großen Wirtschaftskampfes im deutschen Baugewerbe im Frühjahr dieses Jahres wird uns folgendes geschrieben: Die Arbeiterpresse verbreitet systematisch die unzutreffende Behauptung, der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wolle die Gewerkschaften zur Annahme eines für sie ganz unannehmbaren Tarifvertrages zwingen, und für den Fall seiner Ablehnung, umfangreiche Aussperrungen veranlassen, in der Absicht, die Gewerkschaften zu zerstören. Nichts aber liegt dem Deutschen Arbeitgeberverband ferner als dieses. Zunächst handelt es sich gar nicht um einen Tarifvertrag, sondern um ein vom Deutschen Arbeitgeberverband herausgegebenes Vertragsmuster, in dem nur bestimmte einheitliche Grundzüge festgelegt sind, die meist schon in früheren Tarifverträgen enthalten waren. Alle die Regelung der besonderen örtlichen Verhältnisse betreffenden Fragen, insbesondere über Lohn- und Arbeitszeit, bleiben nach wie vor der Vereinbarung der lokalen Vertragsabschließenden Parteien überlassen. Gerade diese wichtige Hauptaufgabe wird aber zwecks Freiführung der öffentlichen Meinung in der Arbeiterpresse absichtlich verschwiegen.“

Daß das Vertragsmuster ohne Hinzuziehung der gewerkschaftlichen Zentralstellen aufgestellt worden ist, erklärt sich aus dem, seine Verfertigung in sich selbst tragenden Grunde, weil anders ein solches Muster überhaupt nicht zu stande gekommen wäre und weil auch bisher nur die Lokalorganisationen für den Abschluß der Tarifverträge in Betracht kamen. Mitbestimmung für das Vorgehen des Bundes war die weitere wichtige Tatsache, daß die Gewerkschaftsleitungen in den letzten Jahren einen viel geringeren Einfluß auf die örtlichen Arbeiterorganisationen besitzen und je nach Lage der Sache auch besitzen wollen, als dies jetzt der Öffentlichkeit gegenüber dargestellt wird. Das beweist einwandfrei der gewaltige vorjährige Kampf im Berliner Baugewerbe, der gegen den ausdrücklichen Willen und Widerstand der Gewerkschaftsleitungen durch die Arbeitnehmer befohlen und inszeniert wurde; ferner auch der gegenwärtige, fast einjährige Streik in Celle, woselbst der Tarifvertrag lediglich deshalb nicht zu stande kommt,

weil die Arbeitnehmer, ebenfalls gegen den Rat und Willen ihrer Leitungen, darauf bestehen, nur zusammen mit gleichartig organisierten Genossen arbeiten zu wollen; sowie endlich auch die zahlreichen vorjährigen Tarifverträge im Münchener Baugewerbe, wo die Gewerkschaftsleitungen trotz wiederholter Aufforderung zur pflichtmäßigen Wiederherstellung des Tarifverhältnisses fast vollständig verlagten.

Wenn die Gewerkschaften das eventuelle Nichtzustandekommen der Tarifverträge auf das vom Arbeitgeberverband herausgegebene Vertragsmuster zurückzuführen suchen, so ist das nur eine absichtliche Freiführung der öffentlichen Meinung. Bestimmend für ihr Verhalten sind für jeden Eingeweihten vielmehr lediglich tatsächliche Gründe, die sie veranlassen, in Rücksicht auf die ungünstige Konjunktur im Baugewerbe ihre sozialdemokratische Programmforderung des achtstündigen Arbeitstages und ihr Bestreben nach stetiger Lohnsteigerung solange auszuheben und von bindenden Tarifabschlüssen Abstand zu nehmen, bis eine wiederereinführende steigende Konjunktur die Aussicht bietet, die vorerwähnten Ziele durch dann von ihnen diffundierte und inszenierte Streiks und Sperren zu erzwingen. Dadurch aber würde der Segen einer wiederereinführenden wirtschaftlichen Besserung für das gesamte Baugewerbe illusorisch gemacht werden. Das zu verhindern, ist nicht nur ein Gebot der Selbsterhaltung für das deutsche Baugewerbe, sondern auch eine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber. Und deswegen muß der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe auf seinem Standpunkt beharren, seine ganze Macht dafür einzusetzen, daß eine tariflose Zeit in Deutschland nicht eintritt, selbst auf die Gefahr eines Kampfes hin, wie er bisher so ausgedehnt und so schwerwiegend noch nicht geführt worden ist.

Nach aber gibt er die Hoffnung nicht auf, daß die Zentralleitungen der Arbeitnehmerorganisationen sich der großen Verantwortung bewußt werden und sich nicht auf einen Widerstand gegen Tarifverträge berufen, den sie eigentlich nicht begründen und vertreten können.

Wir haben den Wahrschmelzer mit allen Hervorhebungen im Druck wiedergegeben; so, wie er das Bureau des Arbeitgeberverbandes verlassen hat, hat er bei uns Aufnahme gefunden. In dieser „Information“ fehlen alle Lügen und Verdrehungen wieder, die von Anfang an der Bewegung von einigen Vorführern des Bundes verbreitet wurden. Wir betonen ausdrücklich: Lügen und Verdrehungen!

Gleich im Anfang heißt es, daß dem Arbeitgeberverband nichts ferner läge, als den Gewerkschaften für sie unannehmbare Tarifverträge aufzuzwingen und im Falle der Ablehnung umfangreiche Aussperrungen vorzunehmen. Als wir das lasen, glaubten wir einen Augenblick, der Bund habe nunmehr seine Absicht aufgegeben; denn in diesen Sätzen war ja etwas bestritten, was so sicher und klar vorauszuheben ist, daß jeder Zweifel daran ausgeschlossen werden muß. Wenn man sich die Worte aber genauer anschaut, dann ergibt sich sofort, daß es sich hier um einen höchst durchsichtigen Täuschungsversuch handelt. Man will den Glauben erwecken, als ob der Bund die allerlieblichsten Absichten hege; wird der Bund aber auf das Geheimprotokoll und auf die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen verwiesen, die seine hier angeführten Worte Lügen streifen, so kann er mit der unschuldigen Miene von der Welt erklären: „Was wollt Ihr? Die Tarifverträge sind doch nicht unannehmbar!“ Und da es bekanntlich eine Sache der Auffassung ist, ob etwas annehmbar oder nicht annehmbar ist, so kann der Bund, wenn er bei diesen Täuschungsversuchen ertrappt wird, mit aller Unschuld sagen: „Nach unserer Auffassung ist unsere Tarifvorlage sehr wohl annehmbar.“ Man wird ihn aber nicht dabei ertrappen, man wird vielmehr seine Erklärungen mit scheinbarem Glauben aufnehmen und über die Gewerkschaften herziehen, die wieder drauf und dran sind, die „nationale Arbeit“ zu schädigen.

Eine bewußte Freiführung der Öffentlichkeit liegt auch darin, dem Tarifentwurf jede größere Bedeutung abzusprechen, weil ja die Löhne und die Arbeitszeit örtlich geregelt werden sollen. Als wenn es überhaupt anders sein könnte! Geizig schreibt die Bundesleitung nicht die Löhne für jeden einzelnen Ort vor, aber sie hat allen ihren Mitgliedern streng verboten,

eine Lohnerhöhung zu bewilligen. In dem Geheimprotokoll heißt es unter Punkt 5:

„Eine allgemeine Lohnerhöhung soll nicht bewilligt werden; wo in einer Stadt der Vertrag deshalb nicht zu Stande gekommen sollte, muß man die Regelung dem Bezirksverbande oder dem Deutschen Arbeitgeberbunde überlassen.“

Damit ist gesagt, daß öftlich keine Lohnerhöhungen bewilligt werden dürfen, und dieser Beschluß ist vom Musterarif gar nicht zu trennen. Was die Bundesleitung in einem Ort nennen, wo ihre Mitglieder bisher eine Lohnerhöhung bewilligt haben! Das ist ihr gar nicht möglich. Dagegen ist man am Werke, für viele tausend Bauarbeiter den Lohn zu kürzen. Man sieht also, auch diese Behauptung des hündischen Maßstabes entpuppt sich bei kritischer Prüfung als eine Vorpiegelung falscher Tatsachen. Auf der gleichen Stufe der Unwahrscheinlichkeit steht die Entschuldigung darüber, daß man die Gewerkschaften nicht zur Beratung des Tarifentwurfs hinzugezogen hat: „weil anders ein solches Muster überhaupt nicht zu Stande gekommen wäre“. Das ist freilich richtig; ein solches Muster wäre sicher nicht zu Stande gekommen, aber vielleicht ein besseres, das die berechtigten Ansprüche beider Vertragskontrahenten befriedigt haben würde. Das eben ist der springende Punkt: die Bundesleitung wollte die Gewerkschaften ausschalten, sie wollte einseitig diktieren, und wollte vor allem keinen Vertrag, der auch den Arbeitern Rechte zuerkannte und diese sicher stellte. Wenn es dann weiter heißt, daß bisher fast nur Lokalorganisationen für Tarifabschlüsse in Betracht genommen wären, so trifft auch das nicht zu. Sowohl die bestehenden Verträge in München, im Mainau, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wie die früheren Verträge in Berlin und in vielen anderen Orten sind unter hervorragender Mitwirkung der Zentralvorstände der bauseverbliden Gewerkschaften abgeschlossen worden.

Den Höhepunkt der tendenziösen Entstellung erreicht der Maßstab des Bundes dort, wo den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht wird, sie wollten eine tariflose Zeit, um dann bei wieder steigender Konjunktur durch von ihnen diktierter Entlass und Sperren die sozialdemokratische Programmforderung des achtstündigen Arbeitstages zu erzwingen. Demgegenüber betonen wir nochmals — wohl zum hundertsten Male —, daß unser Verband wie alle bauseverbliden Arbeiterorganisationen in dem Abschlusse von Tarifverträgen eins der wichtigsten Mittel zur Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse sehen. Erst vor wenigen Wochen geschrieben wir in Uebereinstimmung mit der ganzen früheren Haltung unseres Verbandes:

„Zu einem ehrlichen Vertrage, der die zeitgemäßen Forderungen der Arbeiter gebührend berücksichtigt und ihre Interessen und Staatsbürgerrechte respektiert, haben unsere Organisationen noch immer die Hand geboten. Wir haben unsere Aufgabe immer darin gesehen, die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, ihre geistigen

Kräfte zu wecken und zu mehren und die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft auf allen Gebieten anzukämpfen. Was in dieser Richtung liegt, ist uns Moral und Gebot. So auch die Tarifverträge. Das hört aber auf, wenn uns Verträge zugemutet werden, die keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen bringen; wenn das Recht der Arbeiter an der Aufstellung der Verträge so verewaltigt wird, daß das Wort „Vertrag“ wie blanker Hohn klingt.“

Das ist so deutlich, daß wir auch heute nichts Besseres zu sagen wissen. Nun zu dem Vorwurf, wir wollten die Tariflosigkeit dazu benutzen, um irgendwelche Forderungen durchzubringen. Der Vorwurf ist recht dumm, denn eine solche Absicht wäre wohl verständlich, wenn wir vor einem wirtschaftlichen Aufstieg ständen, sie wäre aber töricht in der gegenwärtigen Zeit, wo die niedergehende Konjunktur die wirtschaftliche Macht der Unternehmer erhöht. Doch ganz gleich, ob töricht oder nicht, die Gewerkschaften haben sich solchen Erwägungen gegenüber stets zugewandt verhalten. Der Moralbegriff blutiger Gründe taugt nicht für das Verhältnis wirtschaftlicher Organisationen, die zu ihrem Zusammenarbeiten stets eines gewissen Maßes von Vertrauen in die gegenseitige Ehrlichkeit bedürfen. Wir wollten nicht, wann und womit wir dem Arbeitgeberbund Veranlassung gegeben hätten, uns solche Absichten zu unterstellen. Der Arbeitgeberbund erhebt diesen Vorwurf wider besseres Wissen, denn er kennt die felsenfeste Vertragstreue unserer Organisationen, die sich noch keines Vertragsbruches schuldig gemacht haben, wie die von Schmiedehaus verleiteten Unternehmer des rheinisch-westfälischen Industriegebietes im Jahre 1903; anderer, ebenso jämmerlicher Verleumdungen von Treu und Glauben gar nicht zu gedenken.

Der Arbeitgeberbund verfährt aber, indem er in seiner ganzen Unverschämtheit diesen Vorwurf erhebt, nach dem bekannten Rezept jener Gauner, die, wenn sie verfolgt werden, schreien: Halte den Dieb! Denn er ist es, der einen Vorstoß gegen Treu und Glauben begeht, indem er die Zeit der geschäftlichen Depression dazu benutzt, die Gewerkschaften durch Androhung großer Auspersungen zu veranlassen, wichtige Rechte der Arbeiter preiszugeben. Diese Situation muß man sich vergegenwärtigen, um die Gemeingefährlichkeit des Treibens der Unternehmer zu erkennen. Welch abgrundtiefe Seuchel ist es, wenn es in seinem Biß heißt, es sei seine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber, auf Annahme seines Musterarifs und der in Verbindung damit gebotenen Löhne zu beharren, selbst auf die Gefahr eines Kampfes hin, wie er so ausgedehnt noch nicht geführt worden ist! Pflichten gegenüber der Allgemeinheit? Wann hätten diese Leute jemals solche Pflichten anerkannt! Ist es auch eine Pflichterfüllung gegenüber der Allgemeinheit, wenn der Arbeitgeberbund jetzt seine bekannten Gentlemen nach Italien und Kroatien schickt, um dort Forderungen anzuhängen, die den Unternehmern helfen sollen, die deutschen Bauarbeiter durch Hunger in das alte Joch der Willkürherrschaft zu zwingen?

Wären sich jene Leute, die heute noch die Sache des Arbeitgeberbundes als eine gute Sache ansehen, diese Ta-

felchen reiflich überlegen. Wir glauben, wenn sie noch etwas gefunden Deniens und objektiven Urteils fähig sind, dann werden sie erstens vor Scham, daß sie sich für solche Interessen eingenommen liegen.

So läßt sich diese Auslassung des Arbeitgeberbundes mit Recht als ein einziges Gewebe von Unwahrheiten, Verdrehungen und Fälschungen charakterisieren, einzig darauf zugeschnitten, die Öffentlichkeit hinter das Licht zu führen und die unverfälschte Rolle, die der Bund in dieser ganzen Bewegung spielt, zu rechtfertigen. Einer zweiten, ähnlichen Auslassung der Unternehmer begegnen wir in mehreren anderen Blättern. Sie stammt von dem Verband der Bauseverbliden Berlin. Auch hierin wird dem „Normalarif“ eine möglichst harmlose Deutung gegeben, ähnlich wie in dem Schriftsatz der Bundesleitung. Der Arbeiterpresse wird es zum Vorwurf gemacht, daß sie behauptet, durch diesen Normalarif wollten die Unternehmer in Zukunft die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren. Das sei nicht wahr:

„Ein einfacher Blick auf den Normalarif zeigt, daß diese Agitation von Grund auf unwahr ist. Alle hauptsächlichsten Bestimmungen eines Arbeitsvertrages, z. B. diejenigen über Lohn und Arbeitszeit, Bezahlung von Überstunden, Sonntags- und Nacharbeit, Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Einrichtung von paritätischen Schlichtungskommissionen und deren Zustanzung sind in dem Normalarif nicht festgelegt. Sondern unterliegen der freien Vereinbarung, so daß allerorts die besonderen lokalen Verhältnisse berücksichtigt werden und die hauptsächlichsten Bestimmungen des Arbeitsvertrages nach wie vor der freien Verhandlung der beiden Parteien vorbehalten bleiben.“

Das ist derselbe Schwindel, den wir schon oben mit dem Hinweis auf Punkt 5 des Protokolls der geheimen Generalversammlung bloßgelegt haben. Um die Absicht, den Lohn nach Belieben zu kürzen, zu verbergen, wird dann das Wort „lichtig“ im „Normalarif“ mit der bekannten Redensart von der „sozialdemokratischen Gleichmacherei“ zu rechtfertigen versucht. Dabei handelt es sich für uns um gar keine Gleichmacherei, sondern einzig und allein um Festsetzung einer untersten Lohngrenze, die das Existenzminimum darstellt, auf das nach allen Geboten der Menschlichkeit jeder Arbeiter einen wohl begründeten Anspruch hat. Diesen Anspruch verneinen die Unternehmer, wir und mit uns alle fortschrittlich und sozial denkenden Menschen bejahen ihn und sehen gerade in seiner Anerkennung eine der größten humanitären Aufgaben, zu deren Lösung die Arbeiterbewegung berufen ist. So stehen die Sachen:

Der Arbeitgeberbund vertritt das Interesse des Geldbols, des Profits.

Wir vertreten die großen Interessen des sozialen Fortschritts, der Humanität, der Volkssultur.

Es freut uns übrigens sehr, daß sich die Unternehmer dagegen verwahren, daß sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren wollten. Es freut uns, weil daraus hervorgeht, daß auch die Unternehmer die Diktatur im Arbeits-

Bauornamente aus Gussbeton.

Von Fred Hood.

(Nachdruck verboten.)

ATK. Die Verwendung von Gussbeton zu konstruktiven Teilen hat bedeutend abgenommen; man hat immer mehr erkannt, daß durch Stampfbeton eine weit größere Festigkeit und Tragfähigkeit zu erreichen ist. Um so weniger ist aber Stampfbeton zu ornamentalen Arbeiten geeignet, auch nicht die Ausführung feinerer Skulpturen in Stampfbeton auf technischer Schwierigkeit, während das Gießen von Schmuckteilen in Zement und Zementbeton immer weitere Fortschritte macht.

Das Gießen von Bauornamenten aus Beton geschieht meistens in Gips- oder Leimformen; doch gelangen auch schon Maschinen für diesen Zweck zur Anwendung, deren Formflächen innen an einer Seite oder auch an mehreren die Matrizen zur Bildung ornamentierter Flächen aufweisen. Natürlich muß Gussbeton einen reicheren Wasserzusaß erhalten als Stampfbeton; aber man muß auch hierin Maß halten, da ein zu reichlicher Wasserzusaß eine Trennung der schwereren Teile von den leichteren bewirkt, so daß erstere nach unten sinken, letztere nach oben steigen. Auf diese Weise erhält das Werkstück in seinen Einzelteilen eine sehr ungleiche Verschaffenheit, und das muß unbedingt vermieden werden. Denn diese Bauornamente sollen nicht lediglich als Schmuckteile Verwendung finden, sie müssen auch eine genügende Tragfähigkeit besitzen, damit man sie gleichgültig bei Herstellung des Bauwerks mit versehen kann. Die ungleiche Verschaffenheit des Materials in den oberen und unteren Teilen hat auch die Bildung von Rissen zur Folge, welche wiederum die Festigkeit beeinflussen und zum Einstürzen geben. Die häufig beobachtete Erscheinung, daß der Portlandzement infolge seines hohen spezifischen Gewichtes nach unten sinkt, so daß der untere Teil der Skulptur, des Gesimses oder Ornaments eine fettere Mischung erhält, während der obere Teil magerer ausfällt, hat dazu geführt, daß man zu Gussbeton nur noch schnell abbindende Gemische verwendet. Die Masse erstarrt schneller, und im Stadium des Erhärtens kann der Zement nicht mehr nach unten sinken. Der schnell abbindende Zement ergibt aber Werkstücke von geringerer Festigkeit — ein Umstand, mit welchem man jedenfalls rechnen muß. Bei konstruktiven

Teilen fällt das allerdings viel mehr ins Gewicht als bei ornamentalen Bauwerken, denen man sehr hohe Lasten abgeben nicht aufbürden wird.

Für den Gussbeton pflegt man grobe Füllstoffe nicht zu verwenden, da die betreffenden Füllstoffe sich ungleich an den Seitenflächen des Ornaments bemerkbar machen würden. Aber andererseits ist es durchaus nicht angebracht, zu glatte Seitenflächen anzustreben, also nur ganz feinen Sand zu verwenden, denn, es ist auch größerer Kies geeignet, und im übrigen gibt es Methoden, die Seitenflächen aus einer feineren, den Kern aus einer gröberen Mischung herzustellen. Das Bestreben, die Mauerwerk- und Färbung des Zements zu überwinden, muß man als einen Fehlgang bezeichnen; man wird die Grundzüge für die künstlerische Behandlung des Zementbetons aus der Natur des Materials ableiten müssen. Die allgemein bekannte Meinung, den Bauornamenten aus Zementbeton eine möglichst glatte Oberfläche und eine feitere Färbung zu verleihen, kann nur darauf zurückgeführt werden, daß den betreffenden Bildhauern bei ihren Arbeiten die seit vielen Jahrzehnten gebräuchlichen Ornamente in Gips und Stuck vorgegeben. Aber diese feitere Färbung und die glatte korrekte Form ist der Natur des Gipses wohl angemessen, aber keineswegs der Natur des Zements, und noch weniger derjenigen des Zementbetons. Erst in allerjüngster Zeit haben Bildhauer und Bildhauer, welche derartigen Arbeiten ihre Interesse zuwenden, einen neuen Weg eingeschlagen, indem sie gerade die Rauheit des Materials zur Erzielung gewisser künstlerischer Effekte verwerten. Sie erkennen, daß der feinstartige Charakter dieses Materials daselbst zur Nachbildung rauh behauener Steinornamente geeignet mache, und daß die rauhe fächerige Struktur gewisser vulkanischer Gesteine gar nicht besser als durch Verwendung von Zementbeton zu erzielen sei. Sie beobachten, daß Ornamente aus grobem Gussbeton häufig wie Ornamente aus verwittertem Gestein erscheinen, und da man der Wirkung derartiger verwitterter Steinornamente gewisse künstlerische Effekte nicht abspiegeln kann, so verwenden sie derartige Schmuckstücke zu Fronten, Denkmälern, Brunnenanlagen, monumentalen Eingängen, Skulpturen usw., denen sie einen felsartigen Charakter verleihen wollen. Wohl in unvollständiger Weise wurde diese Technik auf der Bayerischen Jubiläums-Ausstellung in Nürnberg im Jahre 1908 angewandt; man kann aber auch heute Ornamente dieser Art

an sehr zahlreichen großstädtischen Gebäuden sehen. Die Arbeiten wirken sehr vorteilhaft, und fast will es scheinen, daß die Schwärze, Zementgrün- und Gussbetonarbeiten wie Gips zu behandeln, jetzt überwunden ist.

Das Färben des Gussbetons ist mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft, aber keineswegs ganz zu vernachlässigen; es müssen nur Farben gewählt werden, die einmal der dunklen Naturfärbung des Zements entsprechen, nicht chemisch auf diesen einwirken und nicht selbst durch den Zement zerlegt oder festig werden. Zum Färben des Zementbetons können nämlich nur solche Erdfarben Verwendung finden, die den Einflüssen des im Portlandzement enthaltenen Kaltes zu widerstehen vermögen; außerdem ist die Verwendung harter Farben bei dem dunklen, grau-grünen Ton des Portlandzements an sich schon ausgeschlossen.

Es sind, wie ich oben schon andeutete, zwei Methoden zum Färben von Gussbetonflächen anwendbar: man kann entweder die ganze Masse mit Farbe durchsetzen, also diese mit der breiartigen Masse verreiben, oder man kann eine dünne Schicht feiner gefärbter Masse auf die Innenfläche der Form bringen und dann die größere Stützfüllungs-masse nachschütten. Durch die zweite Methode erhält das Werkstück nur eine dünne gefärbte Schicht, die sich während des Erhärtens der Oberfläche mit der Stützfüllungs-masse verbindet. Bei dieser Methode wird man der gefärbten Schicht, die zugleich die plastische Form des Ornamentes zu bilden hat, einen etwas reicheren Zementzusaß geben. Aber im allgemeinen wird bei Gussbeton der Fehler gemacht, daß man den Zement als Hauptmaterial betrachtet, während er auch hier nur Bindemittel sein soll. Vielfach gibt man diesen Bauornamenten einen Grad der Festigkeit, der in gar keinem Verhältnis zum Zweck der Verwendung steht. Man wird sich immer wieder vergegenwärtigen müssen, daß der Zement nur den Sand und Kies zu einer festen Masse zu vereinigen hat, und wenn die erzielte Mischung die durchsichtige Festigkeit gewöhnlichen Mauerwerkes erhält, dann wird dies in den meisten Fällen genügen. In Wahrheit wird dieses Maß in der Regel weit überschritten, mit anderen Worten: man verwendet häufig für Ornamentengemäße Zementguss, was man mit einem mageren Betonguss auskommt, ja, sogar mit diesem schonere Wirkungen zu erzielen vermag.

vertrag für zu überlebt halten, um sie noch länger offen-
kundig verteidigen zu können. Aber ihre Verwahrung ist
vergebens. Sie haben einsichtig, ohne die Ge-
werkschaften zu berücksichtigen, ohne sie um ihre Meinung
zu fragen, ein Vertragsschema aufgestellt, das für die überwiegende Mehrheit der Vertragsorte be-
deutende Verschlechterungen enthält; denn es ist nicht wahr,
was der Verband der Berliner Baugeschäfte schreiben läßt,
daß nämlich aus den bestehenden Verträgen „die sich stets
gleichbleibenden Bestimmungen herausgeschält und zu einer
Art Mustervertrag zusammengestellt“ worden seien. Das
ist nicht wahr! Welcher von den jetzt ablaufenden Ver-
trägen enthielt das Wort „tätig“? Welcher Vertrag ent-
hielt das Verbot der Agitation in den Häusern? Das waren
bisher so gut wie völlig unbekannte Dinge, und diese will
der „Arbeitgeberbund“ jetzt den Gewerkschaften mit der
Androhung großer Ausperrungen auferlegen. Wir fragen:
Ist das keine Diktatur? Ist das nicht ein gewalttätiges Ver-
fahren der bisher im Baugewerbe üblichen Formen? Und
diesen neuen Tatbestand will der Arbeitgeberbund ver-
dunkeln. Aber er kann kein Glück damit haben, denn
allzu offensichtlich ist:

**Der Arbeitgeberbund kämpft gegen die Gleich-
berechtigung der Arbeiter, für seine un-
beschränkte Diktatur.**

**Wir kämpfen für die Gleichberechtigung
der Arbeiter, gegen die Diktatur des Arbeit-
geberbundes.**

Wer damit der Allgemeinheit besser dient, ist wohl keine
Frage, und es ist sehr wohl zu erklären, warum sich der
Bund bemüht, diese klare Sachlage zu verbunkeln. Soweit
das in unseren Kräften steht, soll es ihm nicht gelingen.
Will er der Rettung des Unternehmerrassismus sein, so
müsse er auch den Mut haben, das zu sagen, aber er hülfte
sich nicht in den Mantel eines sozialen „Modernismus“;
denn er kauft doch nur die, die getäuscht sein wollen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Jahresberichte der Großbanken: Hohe Verzinsung, Ver-
luste aus Wertpapieren und Beteiligungen, die Dividenden-
ergebnisse — Das Reichsbankjahr — Diskontothesenlegung —
Schwankungen der Getreidepreise.

Die Jahresberichte unserer Großbanken erscheinen
einer nach dem anderen, und bei der enormen wirtschaft-
lichen Bedeutung dieser Institute gebietet sich ein Eingehen
auf einige hervorzuhebende Grundtatsachen ganz von selber.
Alle Banken konnten von der letztjährigen Erhöhung
des Zinsfußes außergewöhnlich profitieren. Wenn der
durchschnittliche Reichsbankdiskont 1907 (für Wechsel) auf
6,033 pSt. stand, dagegen 1906 nur auf 5,15 pSt., 1905
sogar nur auf 3,82 pSt., so läßt sich denken, um wievieles
rentabler die Banken ihre Gelder im Wechsel- und Konten-
rentengeschäft verwenden konnten. Unser Ertrag aus
Zinsen- und Wechselkonto stieg unter diesen Verhältnissen
auf 19.505.544 gegen vorjährige 16.912.433, um nicht
weniger als 2.593.101, was... eine anscheinliche Steige-
rung des prozentualen Zinsubusses bedeutet, schreibt die
Dresdener Bank. Neben der ihr verbundene Schaff-
hausische Bankverein: „Das Jahrkonto ergibt einen
Ueberschuß der Vereinnahmen über die gezahlten Zinsen
in Höhe von 8.282.708,75 gegen 6.903.287,84 im Vor-
jahr, die während des größten Teiles des Berichtsjahres
herrschenden teuren Zinsverhältnisse haben die Einnahmen
auf Zinskonto günstig beeinflusst.“ Die hohen Zins-
sätze haben uns Mehreinnahmen gebracht,“ urteilt die
Nationalbank mit Herrn Witting. „Der höhere Zinsfuß
brachte uns (auf Darlehen und Effektenreports) eine Ge-
winnermehrung von über 4 Millionen Mark.“ Lesen wir
bei der Deutschen Bank. Und wiederum bei der Berliner
Diskontogesellschaft: „Die hohen Geldsätze haben im
Kontokorrent- und im Wechselgeschäft erhöhten Gewinn
gebracht, der Ausfall in anderen Geschäftszweigen deden
konnte.“

Natürlich darf man dabei nicht übersehen, daß den
anwachsenden Bruttoerträgen vielfach auch wesentliche
höhere Ausgaben für die Verzinsung der anvertrauten und
berangezogenen fremden Gelder gegenüberstanden. Beson-
ders seit dem amerikanischen Zusammenbruch zog das
Ausland viele seiner Guthaben zurück; ebenso reduzierte
und verbrauchte unter der wachsenden Leihkapitalsnot die
inländische Industrie mehr und mehr ihre eigenen Gut-
haben, so daß die Erschließung nicht leicht fiel und oft
ganz unternahm. Die Dresdener Bank hebt ausdrücklich
hervor, es habe ihr zuletzt nicht mehr „konveniert, fremde
Gelder zu Zinssätzen zur Verzinsung zu übernehmen, die eine
Verwendung im Wechsel- und Reportgeschäft mit an-
gemeinem Nutzen nicht zuließen; infolgedessen waren am
Jahreschluß unsere Anlagen auf Reporkonto und
Wechselkonto entsprechend niedriger als im Durchschnitt des
Berichtsjahres.“

Doch vermag das das vorteilhafte Bild nicht allgeseitig
zu ändern. Die dunklen Schatten fallen vielmehr von
einer ganz anderen Seite herein: die Produktionsstodung
und die Börsenkrise hat die Banken auf ungeheuren Ver-
trägen von übernommenen Anleihen, Aktien, Forderungs-
und sonstigen Effekten sitzen lassen, daß diese älteren und
jüngeren Bestände gewaltig entwertet und daß auch sonst
noch manche bittere und trübselige Erfahrung bereitet.
So ist der Schaffhausische Bankverein glückselig dahin-
gelangt, daß er zwar an seinem Besitz von 8.800.000
Aktien der Internationalen Bankgesellschaft nicht weniger
als 4 Millionen Mark verliert, im ganzen jedoch an
Gewinn aus Effekten- und Kontokorrent (Beteiligungs-)
Geschäften nur 1,6 Millionen aufweist, an der Wertminderung
seiner hierher gehörigen Geschäfte also Verluste empfind-
licher Art erlitten hat. Die Dresdener Bank teilt mit
betreffender Miene mit, daß sie, um das reguläre Bank-

geschäft zwischen Canada, Nordamerika und Europa zu
pflegen, mit J. P. Morgan und anderen Freunden sich
an der Erhöhung des Kapitals der Sovereign Bank von
Canada beteiligt habe, mit 11 1/2 „für uns in Höhe von
nominal 850.000 Dollar (fast 11 1/2 Millionen Mark) ...
Die Bank ist zu Beginn des neuen Jahres, nachdem sie
durch statutenwidrige Geschäfte der Direktion Verluste er-
litten hatte, infolge der Nachwirkung eines Depositenrucks
(eines Ansturms der Einleger) in Liquidation getreten ...
Wir hatten es für richtig, unseren Aktienbesitz schon zu
Zusten des alten Jahres auf eine (11) Mark abzuschreiben.“
Die Hamburger Filiale ist „durch unredliche Manipula-
tionen mit liegenden Waren seitens der Darlehensnehmer
geschädigt“ worden. Die Nationalbank hat an der pleite-
gegangenen Hamburger Firma Haller, Söhle & Co. Geld
verloren. Vergleichsweise sehr unglücklich scheint dagegen
die Deutsche Bank operiert zu haben, obwohl sie natürlich
die niedrigen Effektkurse und das störende Börsengeschäft
ebenfalls beklagt und klagt.

Alles in allem jedoch können unsere Banken auch
auf das Jahr 1907 befriedigt zurückblicken, denn aus-
schließlich fette Jahre wie 1906 können sie vernünftigerweise
nicht erwarten. Die Deutsche Bank hat allerdings,
wie in den drei letzten Vorjahren, abermals eine Dividende
von 12 pSt. in Vorschlag gebracht (auf 200 Millionen Mark
Aktienkapital). Die Dividende der Dresdener Bank bleibt
zwar um 1 1/2 pSt. hinter dem Vorjahr zurück, beträgt aber
immer noch 7 pSt. auf 180 Millionen Mark Aktienkapital.
Auch die Schaffhausische Bank um 1 1/2 pSt. zurückgegan-
gen, doch bleiben gleichfalls 7 pSt. Dividende auf heute 145
Millionen Mark Kapital (1906 125 Millionen Mark). Die
Nationalbank schlägt 6 pSt. vor auf 80 Millionen Mark
Kapital, die Diskontogesellschaft 9 pSt. auf 170 Millionen
Mark Kommanditkapital.

Die Reichsbank, der wir uns zuletzt zuwenden,
hat als Kreditgeberin die Vorteile des hohen Zinsfußes ge-
nosien, während sie auf der anderen Seite, nach ihrer gan-
zen Verfassung als Notenbank, verlustbringend und ge-
wagter Geschäften fernbleiben muß. Ihre Bilanz sieht
daher den Vogel ab, sie ragt über alles Vorangegangene
hinaus. 1905 verteilte sie an die Aktionäre (seit Anfang
1905 Aktienkapital 180 Millionen Mark) 6,15 pSt., 1906
5,22 pSt., 1907 dagegen volle 9,99 pSt. Dividende. Dazu
erhielt das Reich folgende Gewinnsummen (gleich 3/4 des
über 3 1/2 pSt. Aktiendividende hinausgehenden Rein-
gewinns): 1905 14.333 Millionen Mark, 1906 25.47 Mil-
lionen Mark, 1907 34.51 Millionen Mark. Der gesamte Rein-
gewinn stieg also in den letzten drei Jahren von 25.41
Millionen Mark auf 40.26 und schließlich sogar über 52.31
Millionen Mark. Dazu kommt, daß die steuerfreie Noten-
grenze, bei der ständigen abnehmenden Zuanpruchnahme der
Reichsbank, 20mal (selbst im angespannten Vorjahre 1906
nur 17mal) überschritten wurde, so daß weiter dem Reich
als Notensteuer 5.80 Millionen (1906 3.69 Millionen Mark)
zufielen. Trotz aller erstrebten Kreditbeschränkungen war
der Gesamtumsatz der höchste je verzeichnete: 299 Millionen
Mark gegen 279,22 Millionen Mark in 1906, 251,27 Mil-
lionen Mark in 1905, 221,59 Millionen Mark in 1904, 205,29
Millionen Mark in 1903, und durchschnittlich nur etwa
190 Millionen Mark in den drei ersten Jahren 1900 bis
1902. Ganz ungerührt ist jedoch selbst die Reichsbank mit
ihrem soliden Wechsel- und Lombardgeschäft nicht geblieben.
Für zweifelhafte Forderungen sind diesmal fast 2,71 Mil-
lionen Mark reserviert, gegen nur 590.500 in 1906. Außer-
dem ist der Geist Grinsenfalls noch immer nicht zur Ruhe
gekommen; es sind im Berichtsjahre weitere 8.244.000 für
nachträglich endende Banknotenfälschungen vom Gewinne
abgesetzt worden, so daß hierfür der Gesamtverlust bereits
etwas über 1,6 Millionen Mark beträgt, ohne daß man, wie
es scheint, endgültig von einem Abbruch dieser Affäre
reden kann.

Uebrigens hat nunmehr die Erleichterung des
Geld- und Leihkapitalmarktes weitere Fort-
schritte gemacht, die wohl kaum so bald zurückzuweichen wer-
den, falls nicht politische Zwischenfälle eine Welle spielen.
Die Bank von England hat am 5. März ihren Diskont von
4 auf 3 1/2 pSt. herabgesetzt. Die Reichsbank ging am
7. März von 6 pSt. die seit dem 25. Januar bestand, auf
5 1/2 pSt. herab. Dabei sprach aber der neue Präsident
Gabenheim vor dem Zentralausschuß nochmals die nicht
mißzuverstehende Warnung aus: man möge sich Zurück-
haltung in neuen Geschäften aufweisen, da der Stand der
deutschen Zentralnotenbank sich zwar bessere, aber immer
noch eine starke Anspannung verrate.

Die feststimmten Wellenschläge zeigt nach wie vor
der Getreidemarkt. Während ihr vor 14 Tagen
einen ganz beträchtlichen Preisrückfall konstatieren konnten,
steht gleich darauf die Preissteigerung von neuem ein, um
in den allerletzten Tagen wieder in einem freilich schwachen
Umschlag nach unten zu enden. Wir hatten Malwiesen am
22. Februar mit 203 bis 204 pro Tonne verlassen, in
den ersten Märztagen ging er bis über 214 hinaus, am
7. März notierte er 211 bis 212. Malwiesen verliefen
wir mit etwa 196, er stieg bis Anfang März über 206,
und notiert jetzt wieder etwas über 202. Dabei bekräftigen
sich die Urteile über die tatsächliche Weltkurve, über die
Zielerfälligkeit Argentiniens und ähnlicher Kornmärkten
noch immer ins Ungewisse, so daß vergängliche Stimmun-
gen und künstliche Wachstumsfaktoren eine größere Rolle als
je spielen können.

Berlin, den 8. März 1908.

Max Schippel.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage.

Rein Geld für Erhöhung der Beamtenbesoldung,
Fortsetzung und Schluß der zweiten Beratung des
Gesetzes des Reichsamt des Innern. Ein Junfer
als Schatzmeister. Resolutionen. Invalidenver-
sicherung. Seemannsfrage. Antitische Streikstatistik.
Ziegelhüttenproletariat.

Die Erledigung des Gesetzes des Reichsamt des Innern
nahm nach drei langen Sitzungen, von denen zwei mit kurzer
Vertagung bis 12 Uhr nachts ausgesetzt wurden, in Anspruch.
Im Senatskomitee ist die Vereinbarung getroffen, daß die
zweite Beratung des Gesetzes bis zum 28. März und die dritte
in den drei Tagen vom 27. bis zum 29. März erledigt werden soll.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg konnte einen
Tag verschlafen. Am Dienstag, den 10. März, wurde die
Beratung seines Gesetzes unterbrochen durch die Beratung
einer Interpellation (Konfessionale, National-
liberale, Freisinnige und Zentrum), betr. die Einbringung
der Beamtenbesoldungsvorlage. Im Herbst
vorigen Jahres hatte die Regierung die Einbringung dieser
Vorlage angekündigt. Aber sie ist nicht gekommen. Die
Interpellation wurde von den Rednern der betreffenden
Parteien mit einem großen Aufwand von „Beamten-
freundlichkeit“ begründet. Sie witterten in Verschle-
rungen, der notleidenden Beamtenchaft helfen zu
wollen. Die Frage war: „Wie? Wo sollen die
Mittel dazu hergenommen werden? Aus neuen Steuern?
Und aus was für Steuern? Dieselben Fragen, welche die
Regierung bis jetzt hat nicht lösen können, weshalb sie denn
auch ihrer Versicherung nach die Vorlage nicht einbringen
konnte. Für die Sozialdemokraten sprach Abgeordneter
Singer, der die Vorlage noch in dieser Session verlangte
und energisch Stellung nahm zu dem Verzicht, die Deckungs-
frage durch Einführung neuer indirekter Steuern
zu lösen oder zu einer Leihleihe zu greifen. Man möge
zu der Reichseinkommen- und Vermögens-
steuer schreiben.

Die Debatte zum Etat des Reichsamt des Innern be-
hielt ihren vorwiegend sozialpolitischen Charakter.
Bunt gingen die Ansichten, Wünsche und Beschwerden durch-
einander. Abgeordneter Naumann von der Freisinnigen
Vereinigung verurteilte den Arbeitskammer Ge-
setzentwurf einige „gute“ Seiten abzugewinnen. Nach Ansicht
des Antisemiten Gräfe mußten die Warenkäufer
und Konsumvereine „erdrückt“ werden, weil
sie sonst den „Mittelstand erdrücken“. Ein alter antisemi-
tischer Blödsinn! Der konservative Abgeordnete v. Brod-
hausen hielt auf Kosten der baugewerblichen
Arbeiter eine Schatzmacherei. Er sagte u. a.: „Lebens-
traurig ist die Lage unseres Baugewerbes. Deshalb muß ich
mit einigen Worten auf den Mauerstreik eingehen.
Die Löhne der Bauarbeiter sind erheblich
gestiegen. Auf den Bauten herrschen nicht
mehr die Bauunternehmer, sondern die
sozialdemokratische Lohnkommission; sie ent-
scheidet über Entlohnungen und Entlassungen, nicht der Arbeit-
geber. Als die Verlängerung des Tarifes zur Verhandlung
stand, verlangten die Arbeiter von vornherein den acht-
stündigen Arbeitstag. Das Eingangsamt, das anzufragen
wurde, gestand diesen nicht zu, wohl aber Lohnerhöhungen.
Die Arbeitgeber nahmen den Schiedsspruch an, nicht aber die
Arbeiter. Deshalb entschlossen sich die Arbeitgeber im Mai
zur Ausperrung. Darauf entstand ein allgemeiner
Streik im Juni und Juli. Arbeitswillige waren zwar sehr
viele vorhanden, aber gegenüber dem Terrorismus
vieler Tausender gehört sehr viel dazu, arbeitswillig zu bleiben;
und unsere Polizei ist dem Terrorismus gegenüber machtlos.
Das Arbeitswilligengesetz ist leider in einer
schlechten bauerlichen Art und Weise ver-
schieden worden. Der Arbeitgeber muß, unbeschadet
aller Tarife, darüber entscheiden, ob der einzelne Arbeiter
tüchtig und weiter zu beschäftigen oder zu entlassen ist.“

So kommt, wenn Junfer reden, die „Wahrheit“ über
die bösen sozialdemokratischen Bauarbeiter an den Tag.

Nachdem der Etat diesen Teil der Debatte durch An-
nahme eines Schlusssatzes ein Ende gemacht hatte,
wurde über eine Reihe Resolutionen abgestimmt. Eine
Resolution des Zentrums auf baldige gesetzliche Sicherung
des Koalitionsrechts der Arbeiter, der privaten
rechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine aller Art,
auf Errichtung von Arbeitskammern und auf Sicherung
und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften
zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde gegen die
Stimmen der Rechten angenommen, ebenso die
Resolution des Zentrums auf Verlegung eines Gesehensrechts,
in dem die gewerbliche Sonntagsruhe auf wirt-
schaftlichen und auf die in der Wirtschaftsfahrt
beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Mit der Rechten
Mehrheit angenommen wurde eine Resolution der National-
liberalen auf Verlegung eines Gesehensrechts, durch welchen
die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in
Kontoren und sonstigen kaufmännischen Betrieben geregelt
wird. Eine weitere Resolution des Zentrums mit Forde-
rungen zu Gunsten der Privatbeamten und technischen
Angestellten wurde ebenfalls gegen die Stimmen der
Rechten angenommen. Die Resolution Schatz (Wirt-
sch.) die die Reichsregierung ersucht, mit dem Arbeitskam-
mergesetz auf einen solchen über die Einrichtung von
Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werk-
meister und Techniker vorzulegen, wurde mit knapper
Mehrheit angenommen. Eine weitere Resolution des
Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergrechts und
des Knappschaffens gelangte, gegen die
Stimmen der Rechten zur Annahme. Abgelehnt
gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozial-
demokraten wurde eine sozialdemokratische Resolu-
tion, die Maßnahmen zum Schutze der Walz-, Platten-
werken und Metallschleifereien beschäftigten Ar-
beiter verlangt. Die Zentrumsresolution auf Anstellung
von Baukontrollen und auf Erlass von Verord-
nungen zum Schutze der Bauarbeiter wurde angenommen,
abgelehnt eine sozialdemokratische Resolution, die be-
stimmte Maßnahmen zum Schutze der Bauarbeiter vorschlug.
Einstimmig angenommen wurden die drei ersten
Abätze einer sozialdemokratischen Resolution, in
denen Sozialvorrichtungen für Glasarbeiter, als
Maximalarbeitszeit der Achtstundentag und
ein Verbot der Nachtarbeit in Glashütten,
soweit der Betrieb es zuläßt, gefordert werden. Der vierte
Abatz, der in Glashütten das Arbeiten an Sonn-
und Festtagen mit Ausnahme der erforderlichen Unter-
haltung des Feuers an den Ofen allgemein verbieten
will, gibt zu einem Hammerschlag Veranlassung. Für
diesen Abatz erheben sich die Sozialdemokraten, die Frei-
sinnigen, das Zentrum und ein Teil der Wirtschaftlichen
Vereinigung. Das Bureau blieb zweifelhaft, ob dies
die Mehrheit war.

Die Abstimmung ergab mit 123 gegen 104 Stimmen die
Annahme des Abatzes; ferner wurden angenommen
eine Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung auf An-

stellung einer Berechnung über die Wirkung der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug einer Altersrente auf das 65. Lebensjahr, eine Resolution nach Auflegung eines Gesetzentwurfs, wodurch für alle Wahlen von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter auf Grund der Arbeiterversicherungs- und der Arbeiterrechtsgesetze das System der Verhältniswahlen reichsgesetzlich vorgeschrieben wird; eine Resolution des Reichstages zur Regelung der Frage der Kartelle, Trusts und ähnlichen Vereinigungen; eine Resolution der Konventionen, in der ein Gesetzentwurf verlangt wird, in der die aktive und passive Besteuerung der in Privatunternehmen angestellten Personen sowie den Versuch hierzu unter Strafe stellt; eine Resolution der Nationalen Liberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der bezüglich der Gehälter der Reichsämter, Reichsagenten, Notare und Gerichtsschreiber, ferner der Beamten und Angestellten der Krankenkassen usw. über die Arbeitszeit, die Kündigungsschriften und die Sonntagsruhe die gleichen Schutzvorschriften vorschreibt, wie sie das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung für die Handelsangestellten enthält; eine Resolution Heunert (nat.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, in dem eine bessere Unfallfürsorge für Arbeiter, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Rettung von Gegenständen vorgenommen werden, enthalten ist, und schließlich eine Resolution Rieseberg (Wittich, Bg.) auf Überwindung der Gewerbeordnung nach der Richtung, daß den Innungen das Recht verliehen wird, für gleichbleibende Leistungen unter Zustimmung der Luftschiffsbehörden Mindestpreise festzusetzen. Abgelehnt wurde eine Resolution der Sozialdemokraten auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der alle Arbeit im Dienstverhältnis durch reichsgesetzliche Vorschriften einheitlich regeln soll.

Beim Titel Belassung des Reichs aus den auf Grund des Invalidenversicherungs-Gesetzes zahlbaren Renten (51 Millionen Mark) nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Sasse das Wort, um energische Kritik zu üben, an dem rigorosen und ungerechten Verfahren, das vielfach den zum Rentenbezug Berechtigten gegenüber geübt wird. Es hat sich eine schlimme Verwaltungsschuld an der Sache, die auf Nichtbeachtung und auf Entziehung der Renten gerichtet ist, herausgebildet. Zugabungen sind die Verwaltungslasten, insbesondere die Gehälter, vollständig gestiegen. Mit dem System der Vertrauensärzte müsse gebrochen werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies Sasse auch auf das Intellektuellentum hin, dessen Grundhalt hauptsächlich die Arbeiter sind. Wenn man sich über daselbe befragt, so müsse man bedenken, daß es nur da florieren kann, wo es keine Arbeiterorganisation, die Rechtsabteilung gewährt, und keine Arbeitersekretariate gibt, die für Arbeiter unentgeltlich nur gerechte und auskömmliche Sachen vertreten. Gegenüber dem freimüthigen Abgeordneten Muggan verteidigte der sozialdemokratische Abgeordnete die Stellungnahme der Krankenkassen in der Frage der freien Ärztewahl, die nicht eine Forderung der Sozialdemokratie, sondern der Arbeiter ist.

Beim Kapitel: Behörden für die Untersuchung von Seemannen brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Mehger schwere Mängel im Schiffswesen zur Sprache, so u. a. den, daß die Regierung der Frage der Selbstentzündung der Kohlen auf Schiffen nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt habe. Der freimüthige Abgeordnete Dr. Hecker verteidigte gegenüber dem sozialdemokratischen Abgeordneten noch die Seeverkehrsverwaltung, wofür ihn der Regierungsvorstand v. Jonquierres belobte.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Legien nahm Anlaß, die vom Statistischen Amt veröffentlichte Streitstatistik als eine sehr mangelhafte und ungenaue scharf zu kritisieren. Eine gute derartige Statistik ist nur unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen möglich. Das Statistische Amt aber läßt sich von der Polizei informieren! Legien sagte u. a.: „Daß unter jenen Umständen die Streitstatistik nicht gut werden kann, ist selbstverständlich. Das Statistische Amt hat jetzt die Angaben über die territoriale Verteilung, über Beginn und Ende der Streiks fortlassen lassen und dadurch den Gewerkschaften die Nachprüfung der Angaben der amtlichen Streitstatistik erschwert. Gleichwohl wurden in diesem Jahre nicht weniger als 267 Streiks von der Generalkommission als fehlend ermittelt. Daß ist die Folge davon, daß durch die Frage nach dem Kontraktbruch der Streitstatistik zu einer Kriminalstatistik wird. Die Feststellungen der Generalkommission über die Mängel der Streitstatistik im „Correspondenzblatt“ werden im Statistischen Amt und im Reichsamt des Innern ganz genau gelesen. Außerdem haben wir von der Generalkommission eine ausführliche Eingabe über die Reform der Streitstatistik im Jahre 1904 an das Reichsamt des Innern gerichtet. Vor einiger Zeit erhielt ich die Antwort, daß die Erwägungen noch nicht abgeschlossen seien. In allen ausländischen Ministerien, liegt man unser „Correspondenzblatt“ ganz genau. Ist es der Regierung angenehm, daß man in den ausländischen Arbeitsämtern ständig erfährt, daß eine der wichtigsten Statistiken — dafür hält man die Streitstatistik wenigstens im Ausland — in Deutschland durchaus unzulänglich und falsch ist? Ich möchte also an den Staatssekretär die Frage richten, wie weit die Erwägungen über Reform der Streitstatistik gediehen sind?“

Der Staatssekretär erwiderte: „Die Gewerkschaften ihrerseits wären wohl auch nicht in der Lage, eine vollständige Streitstatistik zu schaffen. Die Frage nach dem Kontraktbruch kann nur von einem mangelnden Rechtsgesühl bemängelt werden; sie gehört zu einer wissenschaftlichen Erforschung des Streiks. Mit der Eingabe der Generalkommission, so heißt sie ja wohl, habe ich mich noch nicht beschäfftigen können, wie mit anderen Fragen meines Ressorts auch. Ich nehme aber gern alle Vorschläge entgegen, die zu einer wirklichen Verbesserung der jetzt mangelhaften Streitstatistik führen können.“

Aus den Debatten zum Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ ist hervorzuheben, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Brühne an der Hand der Gewerbeinspektionsberichte darlegte, daß die Gesundheitsverhältnisse

in den Ziegeleien außerordentlich schlecht sind, namentlich in Ostpreußen werden in den Ziegeleien russische Arbeiter und Arbeiterinnen in ganz ungenügender Weise untergebracht. Über seitens der Polizei geht man den hierdurch entstehenden unhygienischen Zuständen nicht zu Leibe. Was für Zustände in den Kavernen für die Wanderarbeiter entstehen, wo keine ordentlichen Schlafstätten vorhanden sind, brauche ich Ihnen nicht zu schildern. Auch der Schnaps macht in den Ziegeleien unter den Arbeitern immer mehr Fortschritte. Die Strafen, welche zuweilen über die Ziegeleibesitzer oder die Betriebsleiter verhängt werden, sind so gering, daß sie sie nicht dabei stören, massenhaft Schnaps an die Arbeiter zu geben. Diesem gesundheitsgefährlichen Treiben, kann nicht entgegengetreten werden, weil fast niemals festgestellt werden kann, ob sie höhere als die ordentlichen Preise berechnen. Auch die Kinderarbeit ist in den Ziegeleien sehr groß. Der Fabrikinspektor in Landsberg hat festgestellt, daß ein Kind von 13 Jahren abwechselnd Tag und Nacht an der Maschine beschäftigt wird. So etwas müßte sehr streng bestraft werden. Wenn aber Strafen etwas bringen, so ist, allenfalls, 5 Mark; Summen, die der Unternehmer leicht wieder einbringt. Der Luftschiffsbeamte von Limburg a. d. R. berichtet, daß dort junge Leute, die von der Schule entlassen sind, täglich eben erst aus der Schule entlassen sind, in einem Betrieb werden Kinder von 14 Jahren sogar 16 Stunden beschäftigt. Ein 14-jähriger Knabe wurde von 2 bis 7 Uhr morgens mit einer sehr gefährlichen Arbeit beschäftigt und dann bis mittags 12 Uhr mit anderen Arbeiten. Nach anderthalbstündiger Pause wurde er nochmals 5 Stunden beschäftigt, hat also eine Arbeitszeit von fast 16 Stunden. Aber auch am Sonntag muß dieser Knabe außerdem noch von 2 Uhr morgens bis 8 Uhr abends den Ringofen bedienen, also 16 Stunden. Solche Arbeiter, die den Kindern die Kindheit und den Jugendlichen die Jugendzeit nehmen, müßten auf scharfe Strafen verurteilt werden.

Auch auf die schlimmen Wohnungsverhältnisse der Arbeiter lenkte der Redner die Aufmerksamkeit des Hauses. Sein Parteigenosse Abgeordnete Puh hob die Notwendigkeit der Hingelieferung der Arbeiter zur Vertriebskontrolle hervor.

Am Freitag, nachts 11 Uhr, war die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beendet. Und nun werden die Wochtpartien unter Zuhilfenahme des Debattenschlusses die Erledigung der übrigen Etatsteile beschleunigen. Große und ernste Debatten werden die Positionen „Reichsfinanzler“ und „Kolonialamt“ noch bringen.

Die Arbeitslosen-Zählung, die von den sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins beantragt worden war, hat der Magistrat abgelehnt.

In einer „unverbindlichen“ Besprechung hatten Anfang Februar Mitglieder der Statistischen Kommission mit dem Direktor des Statistischen Amtes und Vertretern der beruflichen Arbeiterorganisationen Berlins (Gewerkschaftskommission, Hirsch-Dunderberg und christliche Organisationen) über die Durchführung der Zählung Rücksprache genommen, und die Berliner Gewerkschaftskommission hatte sich bereit erklärt, 24.000 Gewerkschaftsmitglieder zum unentgeltlichen Ausfragen und Einholen der Zählkarten zu veranlassen. Obwohl bereits am 14. Februar dem Statistischen Amt und dadurch dem Magistrat mitgeteilt worden war, daß die Gewerkschaftskommission 24.000 Zähler zur Verfügung stellen wolle, wurde doch erst am 5. März eine Sitzung der Deputation für Statistik abgehalten, in der der Stadtrat Weigert mitteilte, daß der Magistrat von einer solchen Zählung Abstand nehme.

Und weshalb? Der Magistrat machte geltend, daß er die vorgeschlagene Methode, Zählkarten in jede Wohnung zu tragen und sie nach einigen Tagen wieder abholen zu lassen, nicht für genügend zuverlässig erachtet. Eine falsche Feststellung der Zahl der Arbeitslosen könne aber in weiten Kreisen Beunruhigung hervorrufen, so daß es besser ist, wenn die Zählung unterbleibt! Es fehle bei dieser Art der Zählung jede Kontrolle über ihre Richtigkeit.

Bereitens wurde sozialdemokratischerseits dagegen geltend gemacht:

Eine zuverlässige Arbeitslosenstatistik könne nur durch direkte Zählung zu Stande kommen, eine andere Methode gebe es zur Zeit nicht, um die Arbeitslosigkeit festzustellen. Die Ziffern der Arbeitsnachweise, Krankenkassen, Organisationen, Invalidenversicherung geben ein unvollkommenes oder garzu falsches Bild. Wenn aber direkte Zählung notwendig ist, wie wolle der Magistrat eine solche veranstalten, wenn ihm nicht die Arbeiterorganisationen dabei helfen? Auch gegen Begünstigung werde er bessere, zuverlässigere Zähler nicht bekommen können.

Der Magistrat erklärte sich dann mit einer ständigen Statistik der Arbeitslosigkeit in Berlin einverstanden. Es wurde beschlossen, daß in ähnlicher Weise, wie vom Reichstatistischen Amt, die Berufsorganisationen der Arbeiter um Auskunft ersucht werden, so auch das Statistische Amt Berlins den Berufsorganisationen Zählkarten überweisen soll, die aber nicht wie beim Reichsamt vierteljährlich, sondern wöchentlich Auskunft über die Zahl der Arbeitslosen und die ihnen von den Gewerkschaften usw. gezahlten Unterstützungen geben.

Ferner wurde der Direktor des Statistischen Amtes, Professor Silbergleit, ersucht, der Deputation baldigst eine schriftliche Aufstellung seiner Vorschläge zu machen, in welcher Weise mit Zuhilfenahme der Krankenkassen und anderer Organisationen eine fortlaufende Überlicht über die Beschäftigungslosigkeiten gegeben werden kann.

So ist aus den vielfachen Beratungen wenigstens ein, wenn auch das gegenwärtige Bedürfnis durchaus nicht befriedigendes Resultat herausgekommen.

Die Arbeitslosenversicherung vor dem bayerischen Landtage. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag an die Kammer der Abgeordneten gebracht:

„Die Kammer wolle beschließen: Es sei die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem Vereine (Gewerkschaften), die bei eintretender Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern in statutenmäßig Unterliefung gewähren, einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten.“

Der Abgeordnete Simon (Königsberg des Schuhmacherverbandes) betonte bei der Begründung des Antrages, daß der Staat die Pflicht hat, die Not der Arbeiter ebenso zu mildern, wie die anderer Berufsstände. Redner erinnerte an das Grundgesetz, die Hängel- und Viehverpfändung und dergl. Der Staat habe um so mehr die Verpflichtung, weil die Arbeitslosigkeit eine Folge der privatkapitalistischen Produktionsweise ist, die vom Staat in jeder Weise gefördert wird. Es könne nicht bestritten werden, daß die Arbeitslosigkeit über die Betroffenen ebenso große Not bringt, wie in anderem Falle Viehheude und dergleichen ununterstützte Ereignisse.

Im weiteren wies Redner auf außerordentliche Einrichtungen (Dänemark, Belgien) hin, um zu zeigen, daß der Antrag durchführbar sei.

Der Minister v. Brechtich anerkannte, daß das Problem der Arbeitslosenfürsorge sehr wichtig sei und daß es einer Lösung entgegengekommen werden müsse. Von der Durchführung des sozialdemokratischen Antrages wollte der Minister jedoch vorläufig noch nichts wissen. Seine Anschauung geht dahin, daß, wie jetzt die Sache liegt, die Gewährung von Zuschüssen zur Arbeitslosenfürsorge durch die Gemeinden erfolgen müsse; sie ständen den Verhältnissen am nächsten und hätten ein Interesse daran, an Armenunterstützungen zu sparen. Der Minister will bemerkt sein, die Gemeinden auf die Wichtigkeit der Arbeitslosenfürsorge hinzuweisen.

Der Antrag unserer Genossen wurde schließlich einem Ausschusse überwiesen. Viel herauskommen wird ja bei der weiteren Beratung nicht, aber vielleicht nimmt die bayerische Regierung den Ausgang der Beratung zum Anlaß, im Bundesrat dafür zu wirken, daß von Reichs wegen eine Arbeitslosenfürsorge in Angriff genommen wird, wie sie schon längst von der organisierten Arbeiterschaft gefordert worden ist.

Gegen die Einführung von Tarifverträgen wendet sich in einer Eingabe an den Reichstangler der Verein deutscher Schiffbauwerke, weil in der Beratung des Reichs-Marine-Etats im Deutschen Reichstage vom 30. und 31. Januar d. J. nachstehende von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution angenommen worden ist:

„Der Herr Reichstangler zu ersuchen, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten, und falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Orte des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben.“

Die Petenten erklären:

Dieser Beschlus Antrag ist, obgleich er zu den schwersten Bedenken hätte Anlaß geben sollen, weder von der Regierung noch von der Mehrzahl der Parteien bekämpft und schließlich denn auch mit großer Mehrheit angenommen worden. Daß die Forderung von Tarifverträgen zunächst auf den deutschen Schiffbau ausgedehnt worden ist, hat seinen Grund wohl darin, daß gerade in dieser Industrie, und zwar sowohl von den Kaiserlichen als auch seitens der Privatwerften den Arbeitern bereits sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht worden sind. Die Arbeitgeber im deutschen Schiffbau haben sich im Gegensatz zu den meisten anderen Industrien, dazu verstanden, zu ihren Verhandlungen mit den auf den Werften beschäftigten Arbeitern auch Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzuzuziehen und sich auch in anderen Fällen mit den Arbeiterverbänden in Vorschau zu setzen. Im so eher hätten die Werften erwarten dürfen, daß eine Resolution abgelehnt worden wäre, deren Durchführung nach unserer Ansicht den deutschen Schiffbau auf das empfindlichste schädigen müßte.

Wir weisen daher, daß das der Fall sein würde, können die Petenten freilich nicht erbringen. Der Hinweis auf die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen ist gegenüber der Tendenz jener Resolution völlig belanglos. Von welchen Tendenzen die Unternehmer geleitet sind, zeigen sie in folgender Auslegung:

„In Deutschland hat man die Forderung für die Arbeiter sehr weit ausgedehnt, trotzdem aber nicht erreicht, daß die wirtschaftlichen Kämpfe in letzter Zeit wesentlich abgenommen haben. Den deutschen Arbeitern sind durch ihre Arbeitgeber die dringenden Sorgen für die Fälle von Krankheit, Berührungslagen und Alter im wesentlichen abgenommen. Erst hierdurch sind sie in die Lage versetzt worden, die zu den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen mit den Arbeitgebern erforderlichen Mittel in dem Umfang aufzubringen, in dem es heute der Fall ist. Diese Kämpfe haben dahin geführt, daß in den letzten Jahren die Höhe der Löhne und die Vertiefung der Arbeitszeit eine für die deutsche Industrie bedrohliche Höhe gewonnen haben. Durch die soziale Gesetzgebung hat eine Verbesserung der beiderseitigen Interessen nicht stattgefunden und kann auch nicht erreicht werden, wenn die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften will nicht verstehen, sondern verstehen. Diese Entwicklung wurde durch Tarifverträge noch erheblich verschärft werden. Schließlich würde an die Stelle der Leiter der Werften der Gewerkschaftsführer treten, der den Anspruch erheben würde, über die Verwendung neuer Maschinen, die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, die Lohnhöhe und die Arbeitszeit zu bestimmen, und in dessen Händen schließlich die Herrschaft über die Schiffbau-stätten liegen würde.“

Das alte Lied! Es spricht daraus die Gefährlichkeit der Unternehmung gegen die Arbeiterorganisationen, ihre Tendenz, diese Organisation nicht als gleichberechtigten wirtschaftlichen Faktor anzuerkennen, der Geist des Arbeitsherrentums-Absolutismus. Nur mit leidlich schädel kann man zu den Auslassungen der Petenten über die soziale Gesetzgebung, über ihre frivole Behauptung, daß die Arbeitgeber den Arbeitern „die

dringendsten Sorgen abgenommen" haben. Diese Un-
wahrheit haben die Unternehmer ja schon immer be-
nutzt, um die Vergewaltigung der Arbeiter im Ar-
beitsverhältnis zu "rechtfertigen".

Soffentlich werden die Herren vom Schiffsbauwerften-
Verband im Reichstage die gebührende Antwort er-
halten.

Sprachenzwang und ausländische Arbeiter. Eines
der halbtoten und absurdesten Argumente, die für den
Sprachenzwang-Paragrafen im Vereinsgesetzentwurf vor-
gebracht worden, ist, daß es den Behörden an sprachkundigen
Beuten zur Ueberwachung von Verhandlungen in fremder
Sprache fehle. Dagegen wird zutreffend und in erster Linie
geltend gemacht, daß polizeilich Ueberwachung von Ver-
sammlungen überhaupt mit dem Begriffe eines wirklichen
Rechtsstaates unvereinbar ist. Aber abgesehen davon:
mögen doch die Behörden sich sprachkundige Leute
verschaffen, wenn denn schon Überwachter sein soll
und "muß". Das geschieht z. B. in Elberfeld-Lötzingen.
Dort sind Tausende von Italienern beschäftigt, gegen die
man mit der preussischen Polizeigewaltigkeit darum nicht
vorgelst, weil man sie als billige und willige Arbeitskräfte
gebraucht. So muß man ihnen auch Versammlungen und
Bereine gestatten. Da diese aber nach den Gebrauchen des
Polizeistaates Ueberwachung nötig haben, so hat die Polizei
und die Gendarmerie einfach eine Anzahl ihrer Beamten
angehalten, die italienische Sprache zu erlernen, um
sich ja auch als nützlich bei vernünftiger, polizei-
licher Tätigkeit, wie Nachforschung über Verbrechen, Zeit-
stellungen sozialer Art usw., erweist. Auch die Steuer-
verwaltung zeigt sich in dieser Hinsicht geschäftsgewandt;
sie veröffentlicht ihre Maueranschläge in drei Sprachen:
Deutsch, Französisch und Italienisch. Dabei handelt es sich
um Ausländer. Aber es scheint, auf sie nimmt man
mehr Rücksicht als in Preußen auf die eigenen Staats-
angehörigen polnischen Buhge.

In bürgerlichen Blättern ist zu lesen: Zur Zeit macht
sich ein großer Andrang von Arbeitern aus Süd-
europa in das rheinisch-westfälische In-
dustriegebiet bemerkbar. So trafen in diesen Tagen
über 8000 italienische Arbeiter in Gruppen von
500, 800, 700 und 400 Personen mit Gepäck in Köln ein.
Sie trafen in das Industriegebiet weiter. In Bochum
melbten sich 26 Tücker als obdachlos, weil sie
unterwegs ihren Führer verloren hatten; die Leute befinden
sich zur Zeit in Schicksal.

So zieht der Kapitalismus immer mehr ausländische
Arbeiter heran, die dazu dienen sollen, den einheimischen
deutschen Arbeitern als Lohnrücker, Streikbrecher
und Organisationszerstörer gegenüber zu treten.
Natürlich ist man bemüht, sie von der Aufklärung und
von der Verständigung mit den deutschen Arbeitern
zurückzuhalten. Und dazu hauptsächlich soll der
Sprachenzwang-Paragraf dienen.

Und den Reichstagskommissionen. Die für die
Vorberatung der Gesetzgebungsarbeiten, die sehr umfang-
reich sein werden, begonnen. Zunächst wurde der § 113
beraten, der von den Arbeitszeugnissen handelt. Der
Paragraf wurde in folgender Fassung angenommen:

Bei jedem Austritt aus dem Dienstverhältnis, im
Falle der Kündigung von diesem an, können die
Arbeiter vom Arbeitgeber ein schriftliches Zeug-
nis über die Art und die Dauer ihrer Beschäftigung for-
dern. Wenn zwischen der Kündigung und dem Austritt
des Arbeiters ein Zeitraum von mindestens einem Monat
liegt, kann der Arbeitgeber eine Ergänzung des bei der Kün-
digung ausgefertigten Zeugnisses bezüglich dieses Zeitraumes
beantragen. Das Zeugnis ist auf Verlangen der Ar-
beiter auf ihre dienstliche Führung und dienstliche Leistung
auszuweisen. Das Zeugnis darf eine dem wirklichen
Sachverhalt widersprechende Auskunft nicht enthalten und
muß von dem Arbeitgeber oder einem dazu bevollmäch-
tigten Betriebsleiter unterzeichnet werden. Das Zeugnis
darf nicht mit Merkmalen versehen werden, die den Zweck
haben oder dazu geeignet sind, den Arbeiter in einer aus
dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu
kennzeichnen.

Entsprechend dieser Erweiterung des § 113 der Ge-
setzgebung, die die Kommission einen Zusatz zu
§ 140 dahingehend, daß mit Geldstrafe usw. bestraft wird,
wer der Vorschrift des § 113 Abs. 4 zuwider ein Arbeits-
zeugnis mit einem geheimen Merkmal verleiht.

In der Kommission für den **kleinen Befähigungs-
nachweis** sind konservative und Zentrum eifrig am
Werk, im Sinne der Bismarckerei zu "verbessern". Die
Konservativen beantragen:

"Der Lehrling hat sich nach abgelegter
Lehrzeit der Gesellenprüfung zu unter-
werfen." Das Zentrum zog hieraus die halbe Kon-
sequenz und beantragte:

"Erweisen sich bei der Gesellenprüfung die Leistungen
des Prüflings als ungenügend, so hat der Lehrling
bis zur Dauer eines Jahres nachzulernen.
Der Prüfungsausschuss hat den Zeitraum zu bestimmen,
vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden
darf."

Der Prüfungsausschuss kann bestimmen, daß diese
Lehrzeit auf Kosten des früheren Lehrherrn in einem an-
deren Betrieb erfolgen kann, wenn dem ersten Lehrherrn
die Schuld an den mangelnden Kenntnissen des Lehrlings
nachgewiesen wird."

Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hinge-
wiesen, daß die Konsequenz dieser Anträge sein müsse,
denen, die der Gesellenprüfung sich nicht unterwerfen,
oder sie nicht bestanden, die Ausübung des Hand-
werks zu unterlagen. Damit wäre auf einem
Umwege der große Befähigungsnachweis erreicht.
Selbst der konservative Abgeordnete Dr. Dörscher ließ
seine Freunde auf diesem und dem hier in Sicht.
Auch die Regierungsvorsteher warnten vor Annahme des
Antrages und wußten von den Antragstellern zu wissen,
daß mit jenen geschehen solle, die sich nicht zur Prüfung
stellen; ob sie die Anwendung von staatlichen Zwangs-

mitteln verlangen, um die Forderung durchzuführen.
Stelle man eine solche Forderung auf, so müßte doch ein
öffentliches Interesse angenommen und ihre Durchführung
mit staatlichen Zwangsmitteln versucht werden. Das Zen-
trum wollte diese äußersten Konsequenzen nicht ziehen.
Der Abgeordnete Dr. L. meinte, niemand solle an der Aus-
übung eines Handwerks gehindert werden; wer nicht den
Titel Geselle habe, könne ja als Arbeiter oder Tagelöhner
bei Handwerkern arbeiten.

Das mutet wirklich ganz mittelalterlich an.
Die alte glückselige Ueberhebung und Borniertheit. Als
ob jemals der Titel "Geselle" handwerkliche Tüchtigkeit
verbürgt hätte! Ebensovienig wie der Titel "Meister".

Die Besteuerung des Grundstücksverwärters.
durch die Gemeinden macht erfreuliche Fortschritte.
Jetzt hat auch das Stadtverordnetenkollegium in Halle die
Einführung der Vermögenssteuer beschlossen und zwar mit
der großen Majorität von 43 gegen 6 Stimmen. Die Steuer
erhält für behaute Grundstücke auf zehn Jahre, für unbehaute
auf 20 Jahre rückwirkende Kraft. In der Steuerordnung
wurde auch die Bestimmung aufgenommen, daß bei einem Ertrage
von M. 500 000 die Umlagesteuer um einen halben Prozent,
bei M. 600 000 Ertrag um ein Prozent herabgesetzt wird.

In den meisten Steuerordnungen werden für den be-
hauten Grundbesitz gewisse Erleichterungen und Ab-
schwächungen der Steuer vorgezogen.

Auch die Vertretung der Stadt Wien hat diese Ein-
führung der Steuer beschlossen.

**Eine Erbärmlichkeit, die niedriger gehört werden
muß, leidet sich der konservative Reichshof.**
In Berlin ist eine Brandstiftungs-Epidemie aus-
gebrochen. Täglich finden Brandstiftungen statt, die auf
Brandstiftung zurückzuführen sind. Das fromme christliche
Blatt erstreckt sich nun, folgendes zu schreiben:

"Die Arbeitslose über Dachstuhlbrände
urteilen. Während die Bewohner der oberen Etagen,
besonders von Gebäuden, gegenwärtig berechtigter Besorgnis
bei jedem Feueralarm erheben — weiß doch niemand, wann
und von wem ihm der Dachstuhl über dem Kopfe angezündet
wird — behandeln in Dächern ein gewisser Schlag Arbeit-
loser die Tagesfrage "Dachstuhlbrand" mit besonderer
Verdrüssung. Durch diese Schadenfeuer wird
wenigstens "Arbeitslosigkeit" geschaffen,
und es wird noch viel mehr brennen!"
Das waren die Worte, die unser Gewährsmann
am Mittwoch Abend in einer Großbesitzung in Berlin SW.
hörte. Mit dieser letzten Auffassung waren allerdings die
psychologischen Mängel der Dachstuhlbrandstifter erklärt. Wenn
aber als Nachwehen der vorjährigen Streiks im Bau-
gewerbe eine Horde Brandstifter gezüchtet worden
wäre, dann empfiehlt es sich, die Arbeitslosen, mit denen
man sonst Mitleid haben möchte, ganz besonders scharf zu
beobachten und alle als vermeintliche Brandstifter festzunehmen
auf ihre sozialen Verbindungen zu prüfen."

Wir haben die starke Vermutung, daß der Destillen-
Berichtslatter des konservativen Blattes seine Mitteilung
im Delirium gemacht hat. Insofern könnte man über sie
lachen. Aber daß ein Blatt sich nicht schämt, sie
weiterzugeben, zeugt von einer bodenlos ge-
meinen Gesinnung. Und darin haben wir es nicht
mit einem psychologischen Mangel zu tun, sondern mit der
schäblichen Tendenz, die ehrliche, organisierte
Arbeitererschaft zu verleumdern.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen be-
richtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern
ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Travemünde (Sperre über Söhrmann), **Cuxhaven**
(Sperre über das Kinderheim, Unternehmer
Vollmer aus Bremen);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), **Apenrade**
(Sperre über Callesen), **Wedel** (Sperre über Hatje),
Husum (Sperre über Petersen), **Itzehoe** (Sperre
über die Alsenische Zementfabrik in Lagerdorf),
Tondern (Aussperrung), **Insell Fehmarn** (Aus-
sperrung), **Rendsburg** (Sperre über das Walzwerk
in Audorf und das Kokswork in Raden);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), **Brunshaupten** (Diffe-
renzen);

Brandenburg:

Guben (Aussperrung), **Jüterbog** (Sperre über
H. Niendorf in Maltershausen), **Vietsch** a. d. Ostbahn
(Sperre über den Unternehmer Vogt), **Saarmund**
(Sperre über den Unternehmer Ahland aus
Philipsthal);

Pommern:

Pyrritz (Differenzen), **Köslin** (Sperre über Schüttner),
Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt),
Hammerstein (Sperre über Kargo);

Ost- und Westpreussen:

Sensburg (Sperre über Reoss);

Posen — Schlesien:

Görlitz (Sperre über Pötschke in Horka), **Muskau**
(Sperre über Stülpenagel);

Königgr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahn-
hofsbauten, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in
L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsberger-
strasse, in L. Leutzsch Eisengießerei E. Becker
& Co., in L. Möckern K. Edlich, Hahnenerber-

strasse, und M. Stäyskal, Sohrstrasse), **Naunhof**
(Sperre über H. Goltzsch, vormals Küpper &
Schrot);

Thüringen:

Sonneberg (Sperre über Baus & Söhne);
**Hannover, Braunschweig, Oldenburg und
Lippe:**

Colle, Norderney (Aussperrung), **Braunschweig**
(Sperre über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfen-
büttel), **Gronau** (Sperre über das Baugeschäft
von Lichtenberg, Sanatogenwerke), **Wunstorf**
(Differenzen), **Sachsenhagen b. Hannover** (Aus-
sperrung), **Hüttenrode i. Harz** (Sperre über das
Kalkwerk für Maurer und andere Arbeiter);

Hessen und Waldeck:

Glessen (Sperre über Bernhard in Kleinlinden),
Schmalkalden (Sperre über Peter);

Bayern:

Selb (Sperre über Jäger & Werner), **Diessen** (Streik),
Wasserburg (Sperre über Nabauer);

Fliessenleger:

Duisburg (Sperre über Gehr. Bönnig), **Rendsburg**
(Sperre über das Walzwerk in Audorf und die
Karlsruhe);

Oesterreich:

**Hainburg a. d. Donau, Karlsbad, Neudau, Oberloutens-
dorf, Salzburg, Villach.**

Cartiverhandlungen.

Wie vorher in Frankfurt und Essen, sind auch in
München die Verhandlungen bisher resultatlos
verlaufen. Auch hier stellte er sich heraus, daß die öst-
lichen Unternehmerorganisationen letzten Endes verhand-
lungsunfähig sind, indem sie kein Recht haben, in den
hart umstrittenen Punkten: Arbeitszeitverkürzung, "tück-
tig", Agitationsklausel usw. irgend welche Zugeständnisse
gegenüber den Beschäftigten der Generalversammlungen des
Unternehmerbundes für das Baugewerbe zu machen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit von 10¹/₂ auf
9¹/₂ Stunden soll für das Münchener Baugewerbe absolut
unmöglich sein. Als den Unternehmern entgegengesetzt
wurde, daß doch für verschiedene Branchen des Baugewer-
bes (Bildhauer, Statuenreue, Räder, Schreiner, Dach-
decker, Klempner und Installateure) in München die Ar-
beitszeit auf 8 bis 9¹/₂ Stunden verkürzt worden sei,
konnten sie dies faktum zwar nicht bestreiten, aber, so
meinten die Unternehmervertreter, auch in diesen Bran-
chen sei die Arbeitszeitverkürzung gegen ihren Willen er-
folgt, und heute fühlten sie sich stark genug, alle darauf
gerichteten Bestrebungen abzuwehren. Der Versuch, das
soziale Empfinden der Unternehmer zu erwecken für die
Lasten und Äste der Arbeiter und für deren Bestreben,
sich als Menschen unter Menschen zu betätigen, prallte
völlig ab an dem undurchbringlichen Panzer: Wir
wollen nicht!

Nicht ganz abgeneigt ist der Münchener Unternehme-
verband einer Lohnherhöhung sein. Nach den wiederholten
Erklärungen ihres Sekretärs und Sprechers Fellermeier
wollen die Unternehmervertreter mit einem Angebot aber
erst dann heranzutreten, wenn in allen übrigen Fragen
eine "Verständigung" erzielt worden ist, d. h. wenn die
Arbeitervertreter den vom Unternehmerbund beschlossenen
Verschlechterungen des Vertrages zugestimmt haben. Aber
auch ohnedies würde die von den Unternehmern geplante
Lohnherhöhung ein Danaergeschenk für die Arbeiter sein.
Der jetzige Vertrag enthält für den allgemeinen üblichen
Lohn die Bezeichnung "Durchschnittslohn". Dieser Durch-
schnittslohn sollte dadurch etwas stabilisiert werden, daß
er in jedem einzelnen Baugeschäft von der Maßzahl der
Beschäftigten erreicht werde und daß der niedrigste Lohn
in keinem Falle mehr als 2/3 unter dem Durchschnitt
stehen dürfe. Nun ist aber im Verlaufe der Ver-
tragsdauer von Unternehmern und Polieren vielfach Un-
fug mit dieser Durchschnittsberechnung getrieben worden,
und auf wiederholte Klagen der Arbeiter hat sich der
Unternehmerverband niemals gemüht, gefühlt, diesen
Beschwerden nachzugehen und Abhilfe zu schaffen. Um
diesem Mißstand die Spitze abzubreaken, fordern die Ar-
beitervertreter für alle normalen Arbeiter, je nach dem
Berufe, einen einheitlichen Normallohn. Da-
gegen wehren sich aber die Münchener Unternehmer mit
Gänden und Füßen. Sie wollen nach wie vor einen
"Durchschnittslohn", und zwar wollen sie in Zukunft nicht
nur 2/3, sondern 4/3 nach unten von dem Durchschnitt
abweichen dürfen. Nach diesem Plane ist die in Aussicht
gestellte Lohnherhöhung zu bewerten.

Diese vermehrte Klassifizierung des Lohnes soll, wie
das Wort "tückig" — nach den Reden Fellermeiers —
beshalb nötig sein, weil die Arbeitsleistung der Maurer
in der letzten Zeit bedeutend zurückgegangen sei. Das
wurde von den Arbeitervertretern mit
aller Entschiedenheit bestritten. Aber, so
wurde weiter mit Recht erklärt, wo die Unternehmer sich
auf das bestmögliche sträuben, durch die Erhöhung des Lohnes
zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter
beizutragen, wo die Unternehmer unter Zugestän-

nahme aller Schlänen bei der Klassifizierung der Löhne großen Scharen von Arbeitern den Stempel „unlänglich“ aufdrücken wollen, da wäre es geradezu wunderbar, wenn die Arbeiter da mit Lust und Liebe arbeiten wollten. Wie hoher Lohn und kurze Arbeitszeit zu tüchtiger Arbeitsleistung anspornen, so bewirken lange Arbeitszeit, niedriger Lohn und schlanke Behandlung das genaue Gegenteil. Die Gewerkschaften haben selbst das allergrößte Interesse daran, nur tüchtige Arbeiter als Mitglieder zu haben; sie können weder Faulkenger noch Faulbolde noch sonst moralisch verwaiste Menschen brauchen. Es muß aber mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß die Gewerkschaften in Bezug auf die Erziehung der Arbeiter zu tüchtigen Menschen ganz Vorzügliches geleistet haben. Die Gewerkschaften verwerten auch die „passive Weisheit“ als Kampfmittel. Was schließt aber nicht aus, daß die Arbeiter schließlich auch dies Mittel anwenden müssen, um die Unternehmer auf Umwegen zur Anerkennung eines zeitgemäßen Lohnsatzes zu zwingen. Reize schon der jetzige Tarif wegen des viel zu niedrigen Lohnes geradezu zum Tarifbruch, so würden Unternehmer und Arbeiter unter einem von dem Unternehmerbund geforderten Tarif aus den Differenzen nimmer herauskommen.

Ganz ungewöhnlich wurde den Unternehmervertretern erklärt, daß es den Arbeitervertretern gar nicht einfallen könne, Löhne für „tüchtige“ und „untüchtige“ Maurer usw. zu vereinbaren; bei den Tarifverhandlungen handle es sich in erster Linie um die Festsetzung eines Lohnes für die übergroße Masse aller normalen Arbeiter.

Der wiederholten Aufforderung, doch endlich die schlanke Bestimmungen fallen zu lassen und zu Arbeitern bezüglich der Arbeitszeit und des Lohnes entgegen zu kommen, schloß sich auch der Vorsitzende der Unterhandlungskommission, Gerichtsrat Dr. Brenner, an. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie der Unternehmerverband das Wort „tüchtig“ definiere, antwortete Kellermeier: „Tüchtig ist, wer die herkömmliche Arbeit nach dem Ortsgebrauch leisten will und kann. Nach dem Vorhalt des Vorsitzenden, daß ja eine andere, von den Arbeitervertretern unbeanstandete Bestimmung: daß der Arbeiter zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet sei, denselben Zweck erfülle, antwortete Kellermeier jedoch mit einem Nein. Das Wort „tüchtig“ bleibe bestehen, ohne daselbe werde kein Vertrag abgeschlossen.

Diese gebundene Marschroute, ausgegeben von dem Unternehmerbund, charakterisierte der Vorsitzende mit Recht als eine Kinderkrankheit, die, wenn überhaupt weiter behandelt werden sollte, zunächst überwunden werden müsse. Da auch über die meisten anderen Punkte nicht die geringste Verständigung erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen am Dienstag, gegen 9 Uhr abends, abgebrochen. Die Unternehmervertreter wurden ersucht, sich bei ihrem Verband und dem Unternehmerbund andere Instruktionen zu holen. Bei den Arbeitervertretern ist dies nicht nötig, da sie ohnedies verhandlungsfähig sind, auch jederzeit mit ihren Auftraggebern in Verbindung stehen. Vereinbart wurde — und das ist gewissermaßen die einzige Verständigung nach zweitägiger Verhandlung — daß die Unterhandlungen am 20. März fortgesetzt werden sollen.

Montag, den 16. d. M., haben die Verhandlungen in Frankfurt a. M. wieder begonnen. Über den Verlauf und das Resultat können wir, da unser Blatt schon Dienstags früh abgeschlossen werden muß, in dieser Woche noch nichts berichten. So viel erscheint aber schon sicher, daß auch diese Schlußverhandlung noch nicht sein wird.

Die Bauarbeiterbewegung vor der Hamburger Bürgerschaft. In der Sitzung vom 14. März dieser gesetzgebenden Körperschaft für Stadt und Staat Hamburg, kam es bei der Beratung der Etatsposition „Detailistenkammer“ zu einem Geplänkel zwischen einigen bürgerlichen und einigen sozialdemokratischen Mitgliedern.

Reimer (Fraktion der Linken, Bauunternehmer): Die Detailistenkammer hat nicht den Frieden stören wollen; das wollen auch wir im Baugewerbe nicht. Wir wollen nur unerfüllbaren Forderungen nicht nachgeben. Auf einen eventuellen Angriff sind wir vorbereitet und werden ihm zu begegnen wissen. Was an den Arbeitgeber liegt, wird der Friede in diesem Jahre nicht gestört werden. Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten) sind die Schürmader! Wir wollen nur den status quo erhalten; wollen Sie ein gutes Wort tun, so unterstützen Sie uns!

Stolten (SD.): Herr Reimer scheint nicht zu wissen, daß die Arbeitgeber seines Berufes schon im vorigen Jahre ihre Ausperrungspläne gefaßt haben, und daß die Berliner Bauunternehmer Lohnkürzungen androhen.

Reimer: Wir unterstützen nur in solchen Fällen, wo es sich um die Abwehr von Forderungen auf Lohn-erhöhungen handelt. Den Beschluß der Berliner Unternehmer bedauere ich!

Nöste (SD.): Ich konstatiere, daß die Bauunternehmer die sozialindustriellen Forderungen haben; die bereits beschlossenen Zugeständnisse wieder zurückzunehmen (Hört! Hört! Lärm rechts).

Es ist unerhört, mit welcher Dreistigkeit die Schürmader ihre bekannten Pläne ableugnen. Auch dieser Herr Reimer redet vom status quo, der aufrecht erhalten werden soll, während doch das Vorgehen des Arbeitgeberbundes gerade ein Sturm auf gegen die bestehenden Vertragsnormen ist. Er hat allerdings eingesehen, daß sich der Beschluß der Berliner Unternehmer, den Stundenlohn um 10 % zu kürzen, nicht mit der von ihm im Gegenseit zur Wahrheit proklamierten Absicht des Arbeitgeberbundes vereinbaren läßt und hat ihn deswegen „bedauert“. Das „Bedauern“ wird nicht sehr tief gehen. Charakteristisch ist die Neugier unseres Genossen Nöste, daß die Bauunternehmer die sozialindustriellen Zugeständnisse zurückzugeben. Das zeigt uns, daß es zur Zeit keine höhere Schürmadergesellschaft gibt wie eben unsere Bauunternehmer.

Uebrigens haben sich auch im Reichstage kürzlich einige Konserbative zur Bewegung im Baugewerbe geäußert, leider haben sie nicht die rechte Antwort erhalten. Jedemfalls hat die Woge durch ihre Schlaganträge verbreitet. Notwendig wäre es gewesen.

Gau Bremen.

In Nordern ist die Zahl der Streikbrecher nicht mehr gemindert. Von den in voriger Nummer gemeldeten sechs „Arbeitswilligen“ sind übrigens nur zwei Maurer, die anderen sind Zimmerer.

Gau Erfurt.

Die Differenzen in Eisenach sind einseitig dadurch beseitigt worden, daß die Bauhilfsarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen.

In Sonneberg ist die Firma Bauer & Söhne wegen Lohnabzugs gesperrt worden.

Gau Frankfurt a. M.

Im vorigen Jahre haben sich die Asphaltreue in Mainz organisiert und den Zentralverband der Maurer angeschlossen. Am 29. Februar wurden den fünf Mainzer Asphaltfirmen Anträge auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen überreicht. Gefordert wurde die Einhaltung der zehnjährigen Arbeitszeit, ein Mindestlohn für Asphaltreue von 60 % und für Hilfsarbeiter von 50 % pro Stunde. Für Heberlandarbeit, die im Umfasse von 15 km ausgeführt wird, ist eine Zulage pro Tag von 1, mit Hebernachten 2 zu bezahlen; über 15 km hinaus soll die Zulage der freien Vereinbarung unterliegen. Ueberstunden sollen mit 25 pSt., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100 pSt. Lohnzuschlag bezahlt werden. Die Lohnzahlung soll monatlich erfolgen, Kündigung für beide Teile ausgeschlossen sein. Der Stundenlohn beträgt gegenwärtig für Asphaltreue 60 bis 80 %, für deren Hilfsarbeiter 40 % pro Stunde. Antwort wurde von den Unternehmern bis zum 9. März erbeten. Von diesen fünf Firmen hat nur die Firma Gaymus Antwort gegeben. Sie betont, daß schon seit Jahren für einen untauglichen Asphaltreue 6,50 pro Tag bezahlt werden. Am 10. März fand eine Versammlung der Asphaltreue und deren Hilfsarbeiter statt, in der der Vertreter der Arbeiter Bericht erstattete. Die Diskussion wurde sachlich geführt, sämtliche Redner bedauerten das Verhalten der Unternehmer. Die Lohnbewegung ist zweifellos berechtigt, das geht schon daraus hervor, daß eine Firma über die Forderung hinaus entlehnt. Es soll weiter versucht werden, eine friedliche Erledigung herbeizuführen.

Gau Götting.

Die Sperre über die Opalsenswerte in Weiswasser ist nun endlich mit Erfolg beendet worden.

Gau Hamburg.

Auf einigen industriellen Werken in Rendsburg will man den darauf beschäftigten Maurern den Vertragslohn nicht zahlen. Statt 55 % wagt man den Kollegen dort 42 % anzubieten. Natürlich können sie dafür keine Mauer bekommen. Um unfähige Kollegen vor Schaden zu bewahren, warnen wir sie vor der Arbeitsaufnahme auf dem Stahl- und Walzwerk in Ludorf und auf dem Koks- und Rader.

Gau Leipzig.

Die Firma Enders in Treuen hat den Lohn von 42 % auf 40 und 38 % gekürzt. Es ist sehr erfreulich, daß sich die Kollegen dies nicht gefallen lassen; sie rüsten zur Abwehr. Man wolle daher Treuen meiden.

Gau Lübeck.

In Lübeck ist am 13. März verhandelt worden. Auch hier lag der Musterlohn des Arbeitgeberbundes vor. Eine Arbeitszeitverkürzung lehnten die Unternehmer entschieden ab, in der Lohnfrage wollten sie nicht von vornherein jedes Entgegenkommen ablehnen. Dagegen glauben sie, auf das Wort „tüchtig“ den größten Wert legen zu müssen, und zwar, weil nach ihren Angaben das Wort auch in allen Bauverträgen, die sie mit Behörden abschließen, gebraucht würde. Unsere Vermutung, daß damit die Klassenlöhne wieder ins Gewerbe eingeschmuggelt werden sollen, bezeichneten die Unternehmer als falsch. Den Junggelehrten wollen die Unternehmer erst im zweiten Jahre den vollen Lohn gewähren, im ersten soll der Lohn der freien Vereinbarung unterliegen. Auch dem Agitationsverbot verweigerten die Unternehmer eine möglichst harmlose Deutung zu geben. Natürlich lassen wir uns damit nicht einlassen. Die Verhandlungen sind vertagt worden, da unsere Kol-

legen noch keine Forderungen aufgestellt hatten. Erst wenn das geschehen ist, wird weiter verhandelt werden.

In Burg a. F. wurde im vorigen Jahre auf dem Wege der Unterhandlung die zehnjährige Arbeitszeit und 5 % Lohnerhöhung erzielt. Ein Vertrag wurde nicht abgeschlossen. Nun wollen die Unternehmer vom 16. März d. J. ab die zehnjährige Arbeitszeit wieder einführen und den Stundenlohn um 3 % kürzen. Um den Kollegen die Geschichte mundgerecht zu machen, soll die letzte halbe Stunde, solange die Vollarbeitszeit währt, mit 30 % bezahlt werden, so daß der Tagelohn, wie bisher, 4,50 beträgt, auch wollen sie einen schriftlichen Vertrag mit uns machen. Wie der nun beschaffen sein soll, wissen wir nicht. Wenn in der Unterhandlung am 15. März nicht alles zu stande kommt, wie es die Unternehmer wünschen, soll die Aussperrung bereits am 16. März beginnen. Diese würde sich dann über die ganze Insel Fehmarn erstrecken.

Nach einer kurz vor Schluß des Blattes eingegangenen Meldung sind die Verhandlungen auf Seehausen ruftallos verlaufen. Infolgedessen haben die Unternehmer am 16. März alle Kollegen ausgesperrt. Der Bezug wird streng ferngehalten werden, die Verschleierungspläne der Unternehmer dürfen auf keinen Fall gelingen.

Gau Magdeburg.

In Hüttenrode im Harz sind viele Kollegen auf dem vor einem Jahre errichteten Kaltwerk beschäftigt. In letzter Zeit sollten ihnen Lohnablässe gemacht werden, worauf sie die Arbeit niederklegten. Die Direktion sucht nun in aller Eile nach Streikbrechern. Ein Trupp ist von den Kollegen wieder abgehoben worden. Der Streit erregt in diesem kleinen Ort großes Aufsehen, denn noch niemals haben sich die schlecht bezahlten Arbeiter der Harzer Steinindustrie ernstlich zur Wehr gesetzt.

Gau Nürnberg.

Die Sperre über das Baugeschäft Reuter in Ansbach ist zu Gunsten unserer Kollegen beendet. Reuter hat sich nach siebenwöchiger Arbeitslosigkeit bereit erklärt, den früheren Lohn wieder zu bezahlen.

In Rath b. Nürnberg haben uns in der letzten Woche die Unternehmer gleichfalls den „Musterlohn“ vorgelegt, so daß er zur Zeit in unserem Gau in vier Orten vorliegt. Ob in den nächsten Wochen noch mehr solcher Orte folgen werden, läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen, möglich ist es aber unter den obwaltenden Umständen, wenn nicht unsere Kollegen an eine Lohnforderung gar nicht denken.

Gau Stettin.

In Hammerstein glauben einige Unternehmer die gegenwärtige Zeit zum Tarifbruch auszunutzen zu können. Die Herren Koppal und Korge zahlten um 3 bzw. 8 % niedrigere Stundenlöhne als sie im Vertrag festgelegt sind. Nach der prompt erfolgten Einstellung der Arbeit bequimte sich Koppal zur Zurücknahme dieser Maßregel, Korge will aber sein Glück weiter versuchen. Er ist gesperrt.

Gau Stuttgart.

Nun ist auch uns der in Berlin ausgefallene Musterlohn zugesellt worden. Er soll in den wenigen Orten als Grundlage dienen, wo wir in diesem Jahre vor der Neuverhandlung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stehen. Es sind ihrer nicht viele. Ergründlich ist die Begründung, mit der uns der Ausschuss des Arbeitgeberbundes die sogenannte Agitationsklausel schmachtlich machen will. Er schreibt an uns:

„Neu ist nur die Bestimmung in § 12 Abs. 1 betreffend Zusammenarbeiten mit anders- oder nichtorganisierten Arbeitnehmern, und denken wir, daß die Einfügung dieses Absatzes von Ihnen wohl angenommen werden kann, da sich bis jetzt Unzuträglichkeiten in besagter Hinsicht nicht ergeben haben.“

Also bis jetzt sind nach dem eigenen Zugeständnis des Arbeitgeberbundes noch keine Unzuträglichkeiten vorgekommen und trotzdem sollen wir mit einer solchen Bestimmung bestraft werden. Wir denken, daß gerade der vom Arbeitgeberbund hervorgerufene Umstand einen solchen Mißbrauch überflüssig macht. Denn wenn sich noch keine Unzuträglichkeiten aus unserer Agitation ergeben haben, wozu dann diese Agitation verbieten? Wozu ein Verbot, das gar nicht am Platze ist? Das ist dann ebenso überflüssig wie wenn man in der Sahara das Baden ohne Badehose verbieten wollte. Die Herren werden in Schwaben ebenso wenig Glück damit haben wie andernwärts.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Stierbegehd darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Stierbegehd.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen wurden in der Zeit vom 8. bis 14. März 1908 für folgende Mitglieder erteilt:

Hans Christoph Hamburg, Verh.-Nr. 113388; Carl Gabel Hamburg (Frank), 28393; Wilhelm Einspöck-Wind- u. 299153; Ludwig Siedl-München, 88253; Franz Glat-München, 88140; Hieronymus Zander-Berlin (Frank), 4525; August Varr-Berlin (Frank), 3522; Aug. Seim. Verbrüder-Dresden, 23218; Robert Ernst Wölke-Dresden, 145242; Georg Walter-Wannheim, 199293; Otto Wollmann-Leipzig (Frank), 36277; Heinrich Ehrlich-Cöpenick (Frank), 61288; August Laube-Landsberg a. d. W. (Frank), 82492; Heinrich Laube-Gütersloh, 62485; Paul Passow-Möbbeck, 97753; Georg Reimann-Bromberg, 56648; Hermann Glabbe-Wodum, 48092; Ferdinand Geuer-Lübeck (Frank), 156814; C. Wapend-Lübeck (115963); Mathias Wölkefeld-Düsseldorf (Frank), 182476; Reinhold Ehrlich-Bodsch (Frank), 64682; August Eiderdorf-Friedenwalde, 69428; Christian Oellers-Beer (Frank), 36825; Heinrich Wlome-Bremen, 14899; Hermann Bräumer-Wera (Frank), 239597; Ewald Mühlhardt-Wülheim a. d. Ruhr, 76682; Peter Wölke-

St. Johann, 880 915; Karl Murey-Gassel (Frank), 119 888; Friedrich Viehla-Zellendorf (Frank), 79 889; Wilhelm Wanknecht (Frank), 112 951; Kar. Jahnke-Waldau (Frank), 289 887; Hermann Schulz (Eberswalde), 65 633; Dietrich Selmann-Rehna (Frank), 96 433; Heinrich Rodow-Mollath, 97 448; Christian Woll-Neumünster, 126 116; Gustav Klein-Danzig, 152 083;

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köhler, Hamburg 1, Reichenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 8. März bis 14. März 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Eisenburg M. 4,95, Granitzow 5, Gützow 4,25.

b) Für Kalender.

Treuen M. 7,50.

c) Für Futterale.

Treuen M. 2.

d) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Eöln.

Treuen M. 1.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingelangt haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verstorben gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Leonh. Saint-Humburg (Verb.-Nr. 203 008), Otto Glahen-Humburg (202 888), G. Weinert-Wiesbaden (49 080), Wilhelm Wiedens-Wiesbaden (48 543), Karl Hoffmann-Wiesbaden (48 258), K. M. Brantje-Dresden (144 345), Karl Sandelbrin-Bodenrum (195 241), Franz Baron-Mittels (151 189), Karl Kugel-Northolm (121 143), Otto Wöhm-Nehne (118 365), Fr. Krag-Seeien (100 580), G. Tremler-Schlawes (91 830), Fr. Schmitt-Schweinurt (87 720), D. Selgese-Brinrum (14 750), Robert Maslos-Berlin (20308), G. Deirichs-Raunfurt a. M. (22 573), S. Lieder-Sammere (33 494), Jacob Obzyl-Bochum (27 481), Heinrich Loges-Sammere (32 530), Louis Stigeböser-Sammere (231 070), Karl Kopp-Sammere (239 501), Alfred Schmidt-Wiesbaden i. Th. (21 559), Joh. Diermeyer-Dankenburg (298 297), Karl Meise-Goslar (317 679), Herm. Orlages-Bremen (323 051), M. Rothamel-Schmalldalen (349 422), Ab. Schilke-Mengersdorf (355 467), Fr. Haufe-Kolmar i. B. (875 088), Th. Renhaus-Nehne (432 445), Joh. Peter-Mannheim (450 123), Max Thien-Polen (44 666), Fr. Madomann-Polen (450 618), Joh. Kuhn-Schneitz (471 382), Rob. Pop-Schneitz (495 534), Joh. Schider-Augsburg (41 401), G. Germer-Weipzig (35 509), Johannes Schindler-Hof a. d. S. (78 521), Paul Unger-Bremerhaven (95 253), Karl Witter-Schneitz (471 410), Th. Maschusen-Hamburg (106 805), Karl Wollgramm-Mölin i. L. (60 533).

Als gestorben sind auf Grund § 37b des Statuts vom Zweigverein J. Gebel: Fr. Wendow (Verb.-Nr. 79 787), Joh. Wabe (185 282), H. Weyens (185 243), K. Hoffmann (114 788), Klaus Schiller (114 800).

NB. Die Namen verstorbenen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Im Angabe ihrer Adresse werden ersucht vom Zweigverein Hannover: Kollege Konrad Schiller aus Carlshof b. Hannover; Apolda: August Weisheit, geb. am 14. Februar 1889 in Coburg (Verb.-Nr. 328 343).

Kollegen, denen der Mithatheit der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Lübeck.

Die Adresse des Vorsitzenden ist vom 1. April 1908 an: H. Wöhl, Lübeck, Wiedestraße 11a, 2. Etage.

Jahresberichte der Gauvorstände.

Gau Breslau.

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren war die Bautätigkeit im Berichtsjahre durchaus nicht gut. Überall, wo die Industrie vorherrschend, machen sich die Anzeichen der Krise bemerkbar. In Breslau hatten wir mitten im Hochsommer dauernd einige handwerkliche Arbeitslose und ebenso in Waldenburger Industriegebiet; hier war es vornehmlich der Wegzug von vielen hundert Bergarbeiterfamilien nach Westfalen und Rheinland und der dadurch bedingte Wohnungsmangel, der die Bautätigkeit zum Stillstand brachte. In Breslau ist die vorübergehende Lederproduktion (über 7000 fertige Schuhe) zum größten Teil schuld an der geringen Bautätigkeit. Im Landgebiet und Reichsbahn, den beiden bedeutendsten Zertifikatsindustrien Schlesiens, lagen die Verhältnisse ähnlich, so daß auch hier eine Anzahl Kollegen gezwungen war, sich auswärts Arbeit zu suchen. In allen übrigen Zweigvereinen des Gaus war die Arbeitslosigkeit ausreichend, ja, in einigen vorwiegend landwirtschaftlichen wie Freyhan-Kroschitz, Neumarkt, Schwibitz, Striegau, Trachenberg, reichten manchmal die Arbeitskräfte nicht aus, wie auch speziell in dem polnischen Teil des Gaus die Zerlegung und Parteilierung der Güter durch die Anwesenheitskommission noch weiter anhielt und Arbeitsgelegenheit fehlte.

Zu beobachten war im Berichtsjahr, daß eine bedeutend geringere Zahl böhmischer Kollegen als früher bei uns arbeitete. Diese Erscheinung wurde wohl dadurch hervorgerufen, daß durch die agrarische Politik unsere Industrie zum Teil über die österreichische Grenze zieht, wo sie billiger Arbeitskräfte vorfindet und noch obendrein den Zoll erspart. Infolge der im Jahre 1906 gütlich abgeschlossenen zweijährigen Tarifverträge war die Lohnbewegung im Berichtsjahre nicht so umfangreich. In Meisse, dem

schlesischen Dom, stellten wir bereits im zeitigen Frühjahr unsere Forderungen und zwar gemeinsam mit den Christlichen, bei denen ein Drittel der hier beschäftigten Maurer organisiert ist. Dem schloßen sich sogar die katholischen Facharbeiter an, gewiß ein seltener Fall, und ihr Vorstehender erklärte, daß sie sogar mitstreifen würden, wenn es nötig sei. Nach mehrtägigen Verhandlungen, bei denen jedoch auswärtige Organisationsvertreter zurückgewiesen wurden, kam es denn auch zum Abschluß eines Vertrages, der in der Hauptsache eine Lohnsteigerung um 5 % und die Verfürzung der Arbeitszeit von zehneinhalb auf zehn Stunden festlegte. Der Vertrag läuft bis zum 31. März 1910. Auch in Ostrowo und Pleschen (dem polnischen Teil des Gaus) wurden Forderungen gestellt, und zwar 43 % Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit (bisher 31 resp. 35 % bei zehneinhalbstündiger Arbeitszeit). Nach längeren Verhandlungen, an denen im letzten Stadium auch der Vorstehende des polnischen Provinzialverbandes, Kartmann-Polen, teilnahm, wurde in beiden Orten ein fast gleichlautender Vertrag angenommen, der für 1908 40 % und für 1909 43 % Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit vorsieht. In beiden Orten kommt infolge der politischen Verhinderung durch die preussische Polenpolitik auch der polnische Berufsverband in Frage, der mit uns gemeinsame Sache machte. Die Organisationen stehen sich ziemlich gleich stark gegenüber. Auch hier laufen die Verträge bis zum 31. März 1910. In Trachenberg, wo ebenfalls Forderungen gestellt waren, trugen sich einige örtliche Verbandsfunktionäre, ohne Wissen des Gauleiters, mit den zwei in Betracht kommenden Unternehmern, so daß für die Kollegen dabei nicht viel herauskam. Ein Vertrag, der die Kollegen bis zum 31. März 1910. In Trachenberg, wo ebenfalls Forderungen gestellt waren, trugen sich einige örtliche Verbandsfunktionäre, ohne Wissen des Gauleiters, mit den zwei in Betracht kommenden Unternehmern, so daß für die Kollegen dabei nicht viel herauskam. Ein Vertrag, der die Kollegen bis zum 31. März 1910.

Nach jitz. 14 Tagen einigten wir uns mit einem Teil der Unternehmer und nahmen bei diesen die Arbeit wieder auf. Nach einigen Tagen jedoch wurden auf Weisung des örtlichen Arbeitgeberverbandes sämtliche Kollegen ausgesperrt, und der Kampf wurde wieder auf der ganzen Linie von beiden Seiten weitergeführt. Bemerkenswert dabei ist, daß die Zimmerer, die dieselben Forderungen wie wir aufgestellt hatten, jedoch weiter arbeiteten, mitten im heftigsten Kampfe mit den Unternehmern verhandelten und mit einem Minderlohn einen Vertrag abschloßen. Nach vierzehntägigem Kampf mußte die Weisung der Unternehmer kapitulieren. Drei Unternehmer in Ostrowo, die jedoch keine Arbeit haben, stehen heute noch aus; die übrigen erkannten unsere Vertragsentwürfe, 37 bis 38 % Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit, an. Dieser Vertrag läuft bis zum 1. April 1909. In Rawitzsch kam es ebenfalls zu Arbeitsüberlegung. Hier scheiterte der kaum vierzehntägige Streik an der Disziplinlosigkeit und den Unruhestreikern unserer eigenen Kollegen, so daß hier die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden mußte, soweit das nicht schon vorher von der Hälfte der Kollegen geschehen war. Auch in Landeshut war der Erfolg nur gering. Hier kamen die Christlichen mit in Frage, die sich unseren Forderungen anschloßen hatten. Eine gemeinsame Lohnkommission wurde gewählt, aber einen Tag vor Stattfinden der gemeinsamen Versammlungen wurden der neuernannte Gauleiter der Christlichen, Kran-Polen, und der dortige christliche Funktionär Hoppe von unseren Leuten dabei ertwischt, daß sie zu den Meistern gingen und allein verhandelten. Trotzdem man diese Handlungsweise uns gegenüber ablehnte, kam die Wahrheit am anderen Tage bei den gemeinsamen Verhandlungen heraus, indem der Vorstehende der Arbeitgeber unsere Wahrnehmungen selbst bestätigte. Daß wir unter solchen Umständen einen Kampf nicht wagen durften, ist klar, um so mehr, da auch eine Kolonne böhmischer Pauer ebenfalls zum Streik bereit lag. Wir mußten daher mit einer Lohnaufbesserung von 2 % pro Stunde zufrieden sein; ein Vertrag wurde nicht geschlossen.

In einer Anzahl von Zweigvereinen mußten Sperren wegen Verschleppung der Arbeitsbedingungen gesetzt werden. So in Altwasser, wo der Direktor der dortigen Spiegelglasfabrik glaubte, weil es Winter sei, könne er die von ihm in eigener Regie beschäftigten jitz. 30 Maurer mit 28 % statt des ortsüblichen Lohnes von 40 % absperrn. Trotz dem langen und harten Winter gelang es unseren Kollegen, den Zugang fernzuhalten und trotz der bayerischen Streikbrecher ihr Ziel zu erreichen. In Breg, mußte die Sperre über den Unternehmer Balog in Eßbrenn verhängt werden, weil er Minderlohn zahlte; der Mann wird es nicht wieder tun, er muß nämlich selber wieder mit arbeiten. In Oppeln handelte es sich um den Oglauer Unternehmer Köhler, der hier Arbeiter ausführen hatte. Seine dortigen Leute überließen ihn die Arbeit selbst, so daß er sich mit italienischen Streikbrechern behelfen mußte, die ihn im Verhältnis zur geleisteten Arbeit wohl das Doppelte gekostet haben dürften. In diesem Jahre hoffen wir mit dem Herrn vollends übereingekommen. Auch noch zwei andere Sperren machten sich nötig; die eine wegen Nichtannehmung der Arbeitszeit, die andere wegen Mäßregelung unseres dortigen Vorstehenden; beide verliefen zu unseren Gunsten. Auch in Breslau waren einige Sperren nötig, die ebenfalls zum Ziele führten.

Alles in allem können wir sagen, daß es trotz der nicht gerade günstigen Zeit doch wieder vorwärts gegangen ist; es könnte doch noch manches in den einzelnen Orten anders sein, wenn alles getan worden wäre, was nötig und möglich war. Und wenn wir in dem großen und bevorstehenden Kampfe nicht überall gut abgeschnitten, so haben es sich einzelne Kollegen selbst zuzurechnen. Möge man sich ein Beispiel nehmen an den Unternehmern: fast gibt es keinen Ort mehr im Gau, wo sie nicht organisiert sind.

Die Mitgliederbewegung geht aus folgender Gegenüberstellung hervor:

Jahr	Zahl der Mitglieder	Zahl der Mitglieder				Jahresdurchschnitt	Erstmalige Aufnahme
		1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.		
1906	85	5886	6061	6124	6242	6016	228884
1907	89	6081	6302	6315	6207	6216	220980

Die Zahl der Mitglieder dürfte jetzt um jitz. 200 höher sein, da in den meisten Zweigvereinen in der letzten Quartal als Schuldner Gestrichenen ihre Extrabeiträge bereits nachgezahlt haben, wegen der sie gestrichen wurden. Die ver-

minderte Arbeitsgelegenheit hat die Mitgliederzahl sehr beeinflusst. Der Zweigverein Friedland wurde mit Waldenburg vermischt, Obernigt mußte aus Mangel an leitenden Kollegen aufgelöst werden. Neugegründet wurden die Zweigvereine in Neuröde, Leutmannsdorf, Groß-Marienber, Steinau a. d. O. und Königszeit-Saarau; letzterer steht allerdings auf schwachen Füßen, wie überhaupt mehrere Zweigvereine wegen mangels an geeigneten Personen für die Leitung krankten, so daß in einzelnen Fällen Nicht-Maurern die Leitung übergeben werden mußte. Die im Jahre 1906 in Breslau gegründete Zählstelle der freien Vereinigung ist infolge der stattgefundenen Einigungsverhandlungen mit ihren zwölf Mitgliedern wieder zum Verband übergetreten. Die Christlichen sind in Breslau ganz bedeutend zurückgegangen, in Oppeln aber bis auf jitz. 120 Mann gestiegen, und zwar aus dem Grunde, weil sie ein Lokal haben, während wir mit unseren 520 Mitgliedern nicht die geringste Möglichkeit haben, einmal zusammenkommen zu können.

Die katholische Fachabteilung hat nur einige Mitglieder in Meisse, Oppeln, der Grafschaft Glatz und der Umgegend von Orlau, wo wir keinen oder nur geringen Einfluß haben. In dem polnischen Teil des Gaus ist ferner noch der polnische Berufsverband in drei Orten mit jitz. 150 Mitgliedern vertreten; Dirsch-Dundersche haben wir im Gau nicht mehr.

Auf den Bauarbeiterklub treffen leider noch immer die im vorigen Bericht dazu gemachten Ausführungen zu, daß nur da etwas dafür getan wird, wo die Kollegen energisch genug sind; die Schiedsmen stehen dieser ihrer Aufgabe vollständig gleichgültig gegenüber. Leider aber auch ein großer Teil unserer Kollegen; kaum daß sie ein größerer Unfall einmal auf kurze Zeit aus ihrer Gleichgültigkeit aufrüttelt.

In der Lokalfrage herrschen immer noch die leidigen Zustände. In jehemgen Zweigvereinen steht uns kein Lokal zur Verfügung, in Oppeln hat man uns aus der von uns gemieteten kleinen Stube auch noch hinausgeworfen, so daß wir jetzt vollends obdachlos sind. Wir müßten recht viele Klagen gegen die einzelnen Polizeiverwaltungen anstrengen, oder vielmehr der Staatsanwalt, wenn wir uns auf den Standpunkt des Staatssekretärs stellten, der bekanntlich im Reichstag vor kurzem erklärte, daß er die Unterbrechung von Lokalen seitens der Behörden als Unmishbrauch betrachte; nun, die Parole aufs Exempel werden wir einmal machen. In diesen Zuständen haben auch die Kollegen schuld, indem sie bei den Wörtern, die ihr Lokal nicht hergeben, manchmal mehr verfahren, als da, wo sie auch den Saal bekommen. Bei anderen Gewerkschaften ist es natürlich das gleiche, aber sie leiden nicht so darunter als gerade wir.

Im Berichtsjahre wurden seitens des Gauvorstandes 239 Veranlassungen und 173 Sitzungen und Zusammenkünfte befehligt und 31 Revisionen vorgenommen.

An Korrespondenz gingen ein 770 Stück, versandt wurden 978 Stück.

Die Abrechnung der Gausaffe ergibt folgende Zahlen:

Einnahme.	
Kassenbestand vom vorigen Jahre	M. 909,23
Vom Verbandsvorstand erhalten:	
a) Beiträge auf Grund des Statuts	8287,12
b) Zuschuß	1450,80
c) Auslagen für Streikleitung zurück	744,66
Beiträge der Zweigvereine	1163,05
Sonstiges (Lohnhilfe)	6,55
Summa	M. 7561,41
Ausgabe.	
Beamtengeld	M. 2088,33
Entgangener Arbeitsverdienst an andere Kollegen	430,34
Dialen	2186,90
Fahrtgeld	1255,15
Bureaumiete, Licht, Bureau-Materialien	426,40
Druckkosten	110,04
Porto und Schreibmaterial	260,30
Sonstiges: Verschönerung, Zeitungen, Telegramme, Telefon usw.	118,02
Manifolgo an den Kassierer und eine Schreibmaschine	411,-
Summa	M. 7286,48
Ab schluß.	
Einnahme	M. 7561,41
Ausgabe	7286,48
Bestand	M. 274,93

Heinrich Köhler, Vorsitzender. Ed. Witzon, Kassierer.

Gau Oberschlesien.

Das Jahr 1907 brachte uns mancherlei Überraschungen. Von Anfang an, schon bei Gründung des Gaus im Jahre 1902, wurde Wert darauf gelegt, auch in Oberschlesien Zweigvereine ins Leben zu rufen. Aber wo es geschah, zwang uns das schroffe Eingreifen einzelner Polizeibehörden und Unternehmer, wieder davon Abstand zu nehmen. Dazu kam, daß es in dem größten Teil des Gaus an den nötigen Personen mangelte, die zur Leitung der Organisation befähigt waren. Alles zwang uns zur Zentralisation dergestalt, daß die einzelnen Orte Zählstellen des Zweigvereins Ratowitz wurden. Dies System ist nun bis 1907 beibehalten worden. Schon im zweiten Halbjahr 1906 drängten einzelne Kollegen nach mehr Selbstständigkeit — was an sich sehr zu begrüßen war —, aber man arbeitete ohne Wissen des Gaus und eines Teils der Vorstandsmitglieder des Zweigvereins darauf los. Den ersten Schiffschiff erlitt dies unmoralische Treiben durch den Fall Witel. Damit hatte man aber noch nicht genug, die Sache wurde weiter betrieben und kam dar an auch in den ersten Monaten des Berichtsjahres zum Austrag. In den Sitzungen des Zweigvereins mit dem Gauvorstande ist von uns immer darauf hingewiesen worden, daß die Gründung von Zweigvereinen einmal kommen müsse, daß aber augenblicklich die Bewegung noch nicht reif dafür sei. Im Laufe des ersten Quartals wurden die Zweigvereine Alt-Corol, Antonienhütte, Ratowitz und Königshütte, im zweiten Quartal Deutsch-Moselwitz, Dirsch, Zielau, Gleiwitz, Ostrosch und Woißschitz, im dritten Quartal Beuthen, Oberglogau, Ples, Altkalber, Saarau, Schoppinitz und Jabrze und im vierten Quartal Krappitz gegründet.

In diesen Zweigvereinen kostete es große Mühe, die leitenden Kollegen zusammenzufassen, in einigen Vereinen

blieben von den gewählten Vorstandsmitgliedern mitunter nur zwei oder drei Kollegen übrig. Selbst in Königshütte ging die Verwaltung vollständig in die Brüche. Durch das einheitliche Wohngebiet im Industriegebiet und durch die Situation der Zweigvereine entstanden fortwährend Reibungsflächen der Zweigvereine untereinander, vor allem mit den Zweigvereinen in den Randteilen und dem Zweigverein Döhlen bzw. deren Mitgliedern. Daß unter solchen Verhältnissen durch die Einteilung der Zweigvereinsbezirke in vielen Orten so manches Stück Arbeit liegen blieb und auch Mitglieder verloren gingen, ist sehr begreiflich. Die Reibungen und Herwürfungen gingen in einzelnen Zweigvereinen so weit, daß sich die Mitgliederzahl nicht vorwärts, sondern rückwärts bewegte. Alles Eingreifen des Gauvorstandes blieb in der ersten Zeit erfolglos, die Konflikte brachen immer wieder von neuem aus. Vom dritten Quartal bis zum Jahreschluß hat sich in etlichen Zweigvereinen die Sache doch gebessert. Einzelne der harten Steine haben sich zum größten Teil selbst auflösend, andere wieder wurden matt und milde, die Streitigkeiten konnten begraben werden, ein friedliches Zusammenarbeiten griff Platz, und hoffentlich werden all die Zweigvereine, in denen heute noch Jank und Streit unter den Vorstandsmitgliedern vorhanden ist, dem guten Beispiel der übrigen folgen und im Jahre 1908 mehr als bisher im Interesse der Allgemeinheit an dem Ausbau der Organisation teilnehmen.

Ein weiterer Mißstand ist, daß die Erledigung der Kassen-Geschäfte nicht immer in die Hand der geeigneten Personen gelegt wird, und daß ferner die Revisoren und Vorstehenden nicht genügend die Kassen- und Buchführung der Kassierer kontrollieren; nur in Döhlen, Kattowitz und Oroszow haben die Revisoren ihre Pflicht erfüllt. Die Unterschlagungen seitens einiger Kassierer sind nur darauf zurückzuführen, daß die Kassierer den Hilfskassierern mehr Markten ausshändigten, als bei der Zahl der Mitglieder notwendig war. So mancher Kassierer hat an eine regelrechte Abrechnung mit den Hilfskassierern nicht gedacht. Im Zweigverein Alt-Cosel sind dem einen Hilfskassierer sogar 300 Stück Beitragsmarken ausgehändigt, die am Ende auch unterschlagen worden sind. Solche Mißstände müssen beseitigt werden, und wir hoffen, daß sich am im kommenden Jahre die Revisoren aller Zweigvereine ihrer Pflicht bewußt werden und versuchen, mit Hilfe des Gauvorstandes eine geregelte Kassen- und Buchführung durchzuführen. Die Mitgliederzahl gestaltete sich folgendermaßen:

Zweigvereine	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Alt-Cosel	60	92	100	92
Antonienhütte	188	200	180	231
Beuthen	—	—	128	136
Deutsches Kattowitz	—	60	95	122
Döhlen	—	55	78	78
Dziadow	—	54	54	56
Gleiwitz	—	91	75	41
Kattowitz	1962	500	586	426
Königshütte	97	333	180	139
Krauswitz	—	70	70	56
Krappitz	—	—	—	36
Oberglöwen	—	—	87	34
Oroszow	—	165	162	207
Pöhl	—	—	46	37
Ratibor	—	—	60	81
Saizna	—	—	36	52
Schoopitz	—	—	24	28
Woschnitz	—	558	279	136
Jahrg.	—	—	52	94
Summa	2307	2172	2196	2077

Verammlungslokale stehen uns nur in Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte und Jahrg zur Verfügung, die auf Kosten der Generalkommission gemietet sind; in allen übrigen Orten müssen wir uns mit Privatwohnungen zufrieden geben. Es ist auch in absehbarer Zeit gar nicht daran zu denken, Lokale zu erhalten. Die Herren Amtsvorsteher und der größte Teil der Geistlichen mit Hilfe der katholischen Fachabteilung sehen alle Nebel in Bewegung, um die freien Gewerkschaften mundtot zu machen; aber auch dies dürfte ihnen nicht mehr gelingen. Im übrigen geht es zwar auch ohne Lokal: wie die Mitgliederzahlen in den einzelnen Zweigvereinen ausweisen, stehen die Vereine, die ohne Lokal sind, nicht immer am schlechtesten.

Der Bauarbeiterverich hat so gut wie gar keine Fortschritte gemacht. Auf der letzten Bezirkskonferenz am 11. Oktober erhielt der Gauvorstand den Auftrag, mit Hilfe der Gewerkschaftsstellstelle mit den übrigen Bauarbeitern in Verbindung zu treten, um vorläufig in den fünf größten Bezirken — Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte und Jahrg — Bauarbeiterkommissionen ins Leben zu rufen. Der Auftrag ist ausgeführt worden: Bauarbeiterversammlungen, die bis auf zwei Orte ausschließlich nur von Maurern besucht waren, haben stattgefunden — aber damit war auch die Tätigkeit der Bauarbeiter für mehr Schutz für Leben und Gesundheit zu Ende. Es hat sich auch hier wieder von neuem gezeigt, daß der größte Teil der Bauarbeiter Oberflächlich so lange nicht reif ist, den Kampf in seinem eigenen Interesse für Beseitigung der Mißstände zu führen.

Vom Gauvorstand wurden 6 Bezirkskonferenzen, 27 öffentliche, 66 Mitgliederversammlungen und 98 Versprechungen abgehalten; ferner waren 37 Tage für Fernhaltung des Jungs, 22 Tage für Hausagitation, 43 Tage zur Schlichtung von Differenzen auf Bauten, 45 Tage für Versand des „Grundstein“ und schriftliche Arbeiten und 21 Tage für Termine, Reichstagswahl, Sitzungen, Konferenzen, Flugblattverbreitung usw. notwendig. Die Korrespondenz umfaßt 1237 Eingänge und 1889 Ausgänge; außerdem mußte sechsmal Strafporto gezahlt werden.

Die Abrechnung für das Jahr 1907 ergibt:

Einnahme	
Kassenbestand am 1. Januar 1907	M. 172,12
Zufuß vom Verbandsvorstand	„ 3749,14
Beiträge auf Grund des Statuts	„ 1050,86
Auslagen für Streikleitung zurück	„ 616,37
Beiträge der Zweigvereine	„ 386,60
Sonstige Einnahmen	„ 89,80
Summa	M. 6064,89

Ausgabe.

Gehalt	M. 2100,—
Eingegangener Lohn an andere Kollegen	„ 263,46
Diäten	„ 1865,60
Jahrgeld	„ 688,60
Bureaumiete, Heizung, Licht und Wasser	„ 176,10
Druckkosten	„ 335,74
Porto und Schreibmaterialien	„ 195,35
Sonstige Ausgaben:	
Unterstützungsvereinigung, Invalidenmarken und	
Strantenlassenbeiträge	„ 60,82
Beiträge, Stempel usw.	„ 65,75
Summa	M. 5801,32

Abschluß.

Einnahme	M. 6064,89
Ausgabe	„ 5801,32
Kassenbestand	M. 2-3,57

Der Gauvorstand. Herr. Baude, Kattowitz.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorankündigungen findet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Befehlungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Gau Berlin. (Konferenzbericht.) Am 20. Februar und am 1. März fand im Berliner Gewerkschaftshaus die 10. Gaukonferenz statt. Der Gauvorstand des Silberberges gedachte in seiner Eröffnungsrede der gegenwärtigen Situation. Die Maßnahmen, die die Arbeiterorganisation im Hinblick auf die bevorstehenden schweren Kämpfe zu treffen hat, wurden hier besprochen.

In seinem mündlichen Bericht gab Silberberg eine eingehende Übersicht über die Tätigkeit des Gauvorstandes während der letzten Jahre. Der Verlauf der im Bericht aufgeführten Lohnbewegungen, von denen eine Anzahl kleiner Bewegungen gar nicht erwähnt sei, zeige, daß das Jahr 1907 trotz der Krise gute Resultate gebracht habe. Die Agitations- und Organisationsarbeiten im Gau hätten also gute Früchte gezeitigt. Nach der Vereinbarung des Berliner Kampfes habe sich in den Reihen der Mitglieder eine gewisse Verunsicherung bemerkbar gemacht. Der unablässige Aufklärungsarbeit sei es jedoch gelungen, die Kollegen zu überzeugen, daß dem unbefriedigenden Verlauf des Kampfes wirtschaftliche Ursachen zu Grunde lagen und daß deshalb kein Anlaß zu Kleinmütigkeit vorliege. Diese Aufklärungsarbeit habe Erfolg gehabt. Der kritische Moment sei überstanden, in der Organisation herrsche wieder der natürliche Zustand; die Mitglieder sähen mit gewohnter Entschlossenheit und Zuversicht der Zukunft entgegen. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Lehmann. Die Einnahmen (einschließlich des alten Bestandes) betrugen M. 50 605,46, die Ausgaben M. 40 594,43, bleibt ein Bestand von M. 10 010,98. In den Lokalfassen war am Schluß des Jahres 1907 ein Bestand von M. 270 388, das sind pro Mitglied M. 8,92. In der Diskussion brachten verschiedene Redner lokale Wünsche hinsichtlich der Agitations- und Organisationsarbeit vor. Im übrigen wurden keine Einwendungen gegen die Tätigkeit des Vorstandes gemacht. Silberberg bedachte im Schlußwort nochmals, daß die Verhältnisse der Organisation im Gau durchaus zufriedenstellend seien. Nach einem Schlußwort des Kassierers wurde dem Gauvorstand Decharge erteilt.

Zu Beginn der Sitzung am Sonntag wurde der Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet. Derselbe ergab, daß 124 Zweigvereine durch 154 Delegierte vertreten waren. 66 Zweigvereine hatten keine Delegierte entsandt. Ferner waren anwesend: der Kollege Böhmels als Vertreter des Verbandsvorstandes, der Kollege Daege vom Ausschuß und vom Vorstand des Gau's Ostpreußen, J. Knappe. Die Vertreter der Gauverbände in Magdeburg und Stettin hatten sich durch bringende Verbandsgeschäfte entschuldigt. Der bisherige Schriftführer des Gauvorstandes, Leopold Kiesel, der sich seit Wenige in Paris befindet, sandte der Konferenz seine Glückwünsche. Außerdem sind als Gäste anwesend: der Vorsteher vom Gau Berlin des Bauarbeiterverbandes, Genosse Meinhart, und der Gauvorsteher des Zimmererverbandes für Posen, Genosse Vergemann.

Nach dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Lohnbewegungen unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe, referierte Silberberg. Nach der modernen Rechtsidee ist die Arbeitskraft des Arbeiters dessen Eigentum, und entspricht es durchaus den eigentumsrechtlichen Begriffen und den Grundgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft, wenn sich der Arbeiter bemüht, sein Eigentum möglichst hoch und vorzuzugsweise zu verwerten. Da die Einnahme des Arbeiters den Grad der Befriedigung seiner Kulturbedürfnisse bestimmt, so hat er einen rechtlich und moralisch wohl begründeten Anspruch auf einen den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Lohn. Er führte dann weiter aus: Seit dem Jahre 1905 hat sich das Einkommen der Maurer in Deutschland durchschnittlich um 7 pzt. erhöht. Die Kreise der notwendigen Bedarfsartikel, die wegen in viel höherem Maße steigen und werden in der nächsten Zukunft noch weiter steigen. Auf der anderen Seite wird es in nächster Zeit kaum möglich sein, das Einkommen der Maurer so zu erhöhen, daß es mit den steigenden Ausgaben in Einklang steht; denn in der heutigen Gesellschaft ist nicht das Recht und der moralische Anspruch der Arbeiter zu erfüllen, sondern nur die Machtverhältnisse sind ausschlaggebend. In der gegenwärtigen Zeit der Geschäftshochzeit sind die Machtverhältnisse der Arbeiter, besonders im Baugewerbe nicht günstig gestaltet. Das ist

eine Folge der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse und deshalb kein Grund zur Auflosigkeit.

In den vergangenen Jahren des guten Geschäftsganges mußten die Unternehmer die Löhne aufheben, und das Machtverhältnis der Arbeiter im Hinblick auf ihre Verhältnisse zum Unternehmer ist gestärkt worden, nicht zum wenigsten durch die Einflüsse der Organisation. Aber bei der Aufstellung von Forderungen hatten die Kollegen in den letzten Jahren nicht immer ein Gefühl für das rechte Maß dessen, was sie den Umständen nach durchsetzen konnten. Aufgabe der Organisation ist es, dafür zu sorgen, daß sich die berechtigten Forderungen der Kollegen in den Rahmen des tatsächlich Erreichbaren halten. Mit Widerstreben haben die Unternehmer im letzten Jahrgebt die Forderungen der Arbeiter bewilligt und auf die Gelegenheit gewartet, um an den Arbeitern Rache zu nehmen. Seit langer Zeit machen sich in den Reihen der Unternehmer Pläne bemerkbar, die darauf gerichtet sind, den Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage ein Ziel zu setzen. Seit 1904 haben sich diese Pläne zu positiven Vorwürfen verdichtet, die dahin gehen, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, zu bestimmen, wann, wo und unter welchen Umständen sie Kämpfe führen wollen. Die Unternehmer wollen jetzt das Kampfgebiet bestimmen und es so weit ausdehnen, daß die Kraft der Arbeiterorganisation einem so großen Kampfe nicht standhalten kann. Diese Pläne der Unternehmer werden ja nicht verwirklicht werden können. Sie werden teils an wirtschaftlichen Verhältnissen scheitern, und die Arbeiterorganisation wird alles tun, um zu verhindern, daß die Wünsche der Unternehmer in Erfüllung gehen. Die Unternehmer haben sich auf den Kriegspfad begeben, sie wollten erreichen, daß der Einfluß, den die Arbeiterorganisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewonnen haben, gebrochen wird. Die Unternehmer wollten wieder die früheren Verhältnisse schaffen, wo sie, gleich absoluten Herrschern, allein die Arbeitsbedingungen festsetzen. Unerbört ist es, daß die Unternehmer Tarife aufstellen ohne Mitwirkung der Arbeiter, und verlangen, daß diese Tarife angenommen werden. Es ist die größte Entwertung der letzten Zeit, daß wir den Unternehmern das Recht abgerungen haben, bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitbestimmung, wodurch der absoluten Herrschaft der Unternehmer ein Ende gemacht worden ist. Nun wollen die Unternehmer die Gleichberechtigung der Arbeiter bei Festlegung der Arbeitsbedingungen wieder beseitigen. Diese Absichten der Unternehmer tragen deshalb einen unmoralischen Charakter, weil sie durchgesetzt werden sollen in einer Zeit, wo sich die Arbeiter in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Die Pläne der Unternehmer gehen dahin, daß sie alle bestehenden Verträge ablaufen lassen und nicht eher neue Verträge schließen, bis alle Verträge dem Willen der Unternehmer entsprechend gestaltet sind. In anderen Fällen soll die Ausübung der Verträge durch die Arbeiter unterbrochen werden. Die Unternehmer wollen jetzt Tarife einführen, welche in ihren Händen eine Waffe sein sollen zur Wiederdrückung der Arbeiterorganisation. Nicht eher wollen sie in Deutschland Tarife abschließen, ehe nicht in Berlin ein Vertrag nach ihrem Willen zu Stande gekommen ist. Wir werden also einen Kampf bekommen, der enger ist als unsere früheren Kämpfe. Aber das können wir mit Bestimmtheit sagen: unsere Situation ist keineswegs hoffnungslos oder trübsalig. Wir werden uns so einigsetzen, wofür wir die Pläne der Unternehmer durchkreuzen können.

Wir haben uns vor Augen zu führen, wie sich die Kampfbedingung in unserem Gau entwickeln wird. Hier stehen bis jetzt 26 Lohnbewegungen in Aussicht, zu denen die Unternehmer bereits ihre Gegenmaßnahmen getroffen haben. In vier von den betreffenden Vereinen haben die Unternehmer uns ihre Vertragsentwürfe unterbreitet; in Guben ist es bereits zur Ausarbeitung gekommen. In sieben Vereinen, wo wir keine Forderungen stellen, haben die Unternehmer die Verträge gekündigt und die Annahme ihres Tarifentwurfes verlangt. In drei Vereinen ist uns die Kündigung eingereicht, ohne daß die Unternehmer bis jetzt ihre Vorlage machten. In Magdeburg, wo wir bisher keinen Vertrag hatten, verlangen die Unternehmer ebenfalls die Anerkennung ihres Vertrages. Das sind also 25 Orte, wo die Unternehmer bereits Maßnahmen uns gegenüber getroffen haben. In einigen Orten sind die Unternehmer sogar mit Herabsetzung der Löhne vorgegangen. Man sieht daraus, wohin die Unternehmer zielen. Sie wollen nicht nur Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse verhindern, sondern sie benutzen auch die Notlage der Arbeiter, um Lohnherabsetzungen durchzuführen. Unsere Aufgabe für das nächste Jahr wird vor allen Dingen darin bestehen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die bestehenden Arbeitsbedingungen zu verteidigen und jeder Absicht einer Verschlechterung den größten Widerstand entgegenzusetzen. Bei unseren auf Verbesserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse gerichteten Forderungen werden wir in der nächsten Zeit die größte Vorsicht walten lassen müssen. Bei allen Angriffsbewegungen ist das Streikessystem und der Rat des Hauptverbandes genau zu befolgen. Welche Taktik wir bei unserer Abwehrbewegung gegenüber den Ausprägungen auf Grund der Unternehmerverhältnisse befolgen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen, und es kann deshalb noch nichts darüber gesagt werden. Doch das ist sicher, daß wir das, was die Unternehmer wollen, mit allen Mitteln abwehren werden. Es kann sein, daß der Verbandsvorstand sich veranlaßt sieht, Maßnahmen zu treffen, die vorher nicht in Verammlungen beraten und beschlossen worden sind, und die manchem unverständlich erscheinen mögen. Für diesen Fall rechnen wir darauf, daß die Kollegen unbedingt Vertrauen zum Vorstand haben, und daß sie strenge Disziplin befolgen. Wenn andere Kollegen in diesem Sinne handeln, dann werden die bevorstehenden Kämpfe nicht so enden, wie es die Unternehmer wünschen. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Dann folgte ein Referat von Lehmann über Agitation. Er führte aus, was der Gauvorstand hinsichtlich der Agitation im Gau getan hat und in welcher Weise und mit welchen Mitteln die Agitation in nächster Zeit zu betreiben ist. Es werde wesentlich darauf ankommen, daß

nicht nur in den größeren Orten, sondern auch auf dem Lande eine lebhaft und energiegelagte Agitation betrieben wurde. Für die Agitation im Gau sollen folgende Grundsätze maßgebend sein: Es ist Pflicht aller Delegierten, für die Stärkung des Verbandes zu wirken. Die Vorstände haben Vorträge zu treffen, damit alle im Gau vorhandenen Maurer von der Agitation erfasst werden. In den größeren Bezirken sind Agitationsausgänge zu bilden, die den Vorstand bei der Landagitation ständig unterstützen. Diese Agitationsarbeit wird der Vorstand durch Erteilung von Aufträgen, durch materielle Mittel fördern. Es sollen auch erneut Erhebungen über die Lage der Maurer im Gau veranstaltet werden. Die Diskussion erstreckt sich gleichzeitig auf beide Referate. Die Redner beschäftigen sich meist mit Ausführungen über die Agitation, wobei vorwiegend die besonderen Verhältnisse einzelner Bezirke und Orte zur Sprache kamen.

Kollege Böhmberg sagte unter anderem: Da es in der Zeit der Krise kaum möglich sei, in den großen Orten neue Mitglieder zu gewinnen, so müsse die Agitation besonders auf dem platten Lande betrieben werden. Dann werde es auch gelingen, trotz der Krise neue Mitglieder zu gewinnen. Hinsichtlich der bevorstehenden Kämpfe sagte der Redner: Am 16. März beginnen die Verhandlungen mit den Unternehmern für das Gebiet des Maingaues und am 23. für das Rheingebiet. Erst nach diesen Verhandlungen werde sich übersehen lassen, welchen Verlauf die Bewegung nimmt und welche Taktik der Verband zu befolgen habe. Wir sehen in den Tarifverträgen eine Einrichtung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse. Die Unternehmern aber wollen uns Tarifverträge aufzwingen, die ihnen als Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisation dienen. Mit aller Bestimmtheit erkläre ich hier: Solche Verträge finden unsere Zustimmung nicht. Bei allen Verhandlungen, die wir seit Jahren mit den Unternehmern geführt, haben wir stets den Verhältnissen Rechnung getragen. Wir hätten so manches Mal, wenn wir unsere Kämpfe fortgesetzt hätten, manchen Unternehmer ruiniert können, aber wir haben immer loyal gehandelt und uns auf einer mittleren Linie zu einigen versucht. Wenn es die Unternehmern jetzt umgekehrt machen, wenn sie versuchen wollen, uns zu knebeln, dann gibt es kein Vertrauen mehr. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir Tarifverträge haben wollen. Wir werden aber niemals Verträge annehmen, durch welche unsere Organisation gefährdet wird. Wir werden den Unternehmern zeigen, daß die Zeiten vorüber sind, wo sie ihre Bedingungen diktieren konnten. Nur auf Grund gegenseitiger Einverständnisses dürfen die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt werden.

Nach Schluß der Diskussion erklärte sich die Konferenz einstimmig mit den vom Referenten Silberknecht aufgestellten Grundsätzen einverstanden. Dieselben lauten:

1. Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln ist den Plänen der Arbeitgeber entgegenzuwirken.
2. Jedem sonstigen Versuch der Arbeitgeber, unsere Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ist entgegenzutreten.
3. Angriffsbewegungen sind zurückzuführen und nur in vollem Einverständnis mit der Verbands- und der Gauleitung zu beginnen.
4. In dieser Konfliktzeit ist strenge Disziplin zu üben und den taktischen Maßnahmen der Leitung unserer Organisation unbedingt Folge zu leisten.

Aus neun Vereinen lagen Anträge vor, die eine andere Regelung der Streikunterstützung für solche Mitglieder wünschten, die sich während eines Berliner Streiks oder einer Auspersung in ihren Wohnort begeben. Bekanntlich sind regelmäßig mehrere tausend Mitglieder im Berliner Wohngebiet beschäftigt, die außerhalb dieses Vereinsgebietes wohnen und den heimatischen Zweigvereinen angehören. Die jetzige Form der Streikunterstützungsauszahlung befriedigt nicht alle Mitglieder und auch die Verbandsleitung steht darin kein Ideal. Es scheint deshalb ratsam, daß der nächste Verbandstag eine zentrale Regelung veranlaßt. Demzufolge wurde beschlossen, es den betreffenden Zweigvereinen anheimzustellen, dem nächsten Verbandstag diese Anträge zu unterbreiten. Bis dahin bleibt für Berlin die jetzige Regelung dieser Frage in Kraft. Angenommen wurde ein Antrag, welcher besagt, daß Anträge zur Gaukonferenz den Zweigvereinen vier Wochen vor der Konferenz bekannt zu geben sind. Zwei andere Anträge wünschten, daß die Vereine, die von Berlin Beitragsmarken beziehen, der am Orte verbleibende Anteil um 2 $\frac{1}{2}$ erhöht werde. Diese Anträge fanden nicht die Zustimmung der Konferenz. Die Wahl des Gauvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Silberknecht, Vorsitzender, Lehmann, Kassierer, Anton, Schriftführer, Gante und Thöns Beisitzer. Lemm, Marx und Kersten Beisitzer. Damit war die Arbeit der Konferenz beendet. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Maurerorganisation wurde sie vom Vorsitzenden geschlossen.

Misfeld. Sonntag, den 8. März, tagte hier eine Konferenz für die oberhessischen Orte. Nicht vertreten waren die Orte: Maar, Schilly, Schwarz und Burg-Gemünden. Kollege Schmitt konstatierte, daß der oberhessische Bezirk seit einiger Zeit zum Zweigverein Fulda gehöre. Dieser Bezirk, der vorwiegend ländlich ist, hat sich in unserem Gau bisher am schlechtesten entwickelt und bildete gewissermaßen das Schmerzenskind. Nun scheint es endlich doch anders zu werden. Die tieferen Lebensverhältnisse, unter denen die Kollegen in diesem Gebiete zu leiden haben, zählten zu den erbärmlichsten im Deutschen Reich und führen zur vollständigen Verarmung, sowie zur körperlichen und geistigen Verflumpung. Diese trostlosen Zustände scheinen doch endlich unsere Kollegen aus ihrer bisherigen Isolation aufzurütteln. Der Besuch der Konferenz und das Interesse seiner Teilnehmer zeigte, daß es vorwärts geht. Der Gauvorsitzende, Kollege Güttmann, entwiderte nun in großen Zügen unsere nächsten Pläne und Aufgaben. Er betonte, daß die heutigen Verhandlungen nur die dazu notwendigen Vorbereitungen treffen sollen, während eine später stattfindende Konferenz definitive Beschlüsse fassen müsse. Güttmann hofft, daß dieses bald gelinge und sich bis dahin die Mitgliederzahl der Organisation sowie die

Zahl der Konferenzteilnehmer mindestens verdoppelt. Nun machten die Kollegen Angaben über Lohnhöhe und Arbeitszeit sowie über die sonstigen Verhältnisse in ihren Orten. Hierbei wurden sehr trübe Bilder aufgerollt. Nur in den drei kleinen Städten des Bezirks: Schilly, Misfeld und Lauterbach besteht Stundenlohn; er beträgt 32 bis 34 und 38 $\frac{1}{2}$; die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden im Sommer. In allen übrigen Landorten herrscht noch der Tagelohn und meistens unbefristete Arbeitszeit; diese gilt von Licht zu Licht. In den Sommermonaten, wenn die Tage am längsten sind, erreicht die Arbeitszeit oftmals die Dauer von 15 Stunden. Tagelohn für diese Leistung wird an diesen Orten (sehr viel) Kehr-, Bruchstein-, auch Zaudarbeit) die horrenden Summe von 1,50 bis 2 in bar bezahlt. Lohnlag kennt man überhaupt nicht; oftmals wird nur im Herbst einmal abgerechnet. Den übrigen Teil des Lohnes erhalten die Kollegen — nach der veralteten Methode der sogenannten Kostberechnung und wenn die Arbeitsstätte außerhalb ihres Wohnortes liegt — was vielfach der Fall ist — auch Unterkunft. Aber diese ist auch danach, von hergehenden Kollegen wurden Fälle gemeldet, daß sie des Nachts in einer Scheune oder einem Stalle — wo kein Palm Stroch drinnen war — untergebracht wurden. Wie ein solches Schlaflager auf den Gesundheitszustand eines Maurers wirkt, der oftmals noch nach gereget ist und nur mit einem Sack zugebedt, kann sich jeder leicht vorstellen. Außer diesen furchtbaren Umständen wurden auch die Mängel des Kostgebens dreißig bemerkt. Wenn auch an manchen Stellen das Essen als gut oder leidlich bezeichnet werden kann, so läßt es doch an den meisten Plätzen sehr viel zu wünschen übrig. Wollten wir ein solches Speisegeld hier veröffentlichen, so dürfte es wenig Menschen geben, denen wir damit den Mund wässrig machen. In der Entzeit, oder wenn die Bauern im Felde beschäftigt sind, kommt es vor, daß die Mahlzeiten recht unregelmäßig und oberflächlich ausfallen. Das Essen besteht aus Produkten, die in der Landwirtschaft — und auch sonst — nicht zu den wertvollsten gerechnet werden. — Ist einmal die Suppe oder der Kaffee für die Kolonne etwas knapp, so ist in der Regel die Wasserpumpe nicht allzuweit entfernt. Derartige Klagen illustrieren deutlich, in welchem Ansehen der oberhessische Maurer steht und wie hoch seine Menschenwürde eingeschätzt ist. Rühren doch unsere Kollegen meistens zu den Armsten in der Gemeinde, die den wenigsten Grundbesitz haben und infolgedessen auf Nebenerwerb, auf Verdienst ausgehen müssen. Einzelne Kollegen sind schon ganz beurlaub. In der heutigen Zeit, wo sich die Konzentrierung des Großbetriebes immer mehr vollzieht, ist das Emporkommen des vom Geburt aus Minderbemittelten — mit erheblichen Mitteln unmöglich geworden. So liegen die Dinge auf dem Lande, in den drei Städten sieht es auch nicht viel besser aus. Der geringe Verdienst, sowie die kurze Bauzeit, die mit der frühen Gebergsgegend zusammenhängt, bedingen kein allzu hohes Jahreseinkommen. Ferner haben die ländlichen Kollegen alle ihre Verbrauchsgüter, Kolonialwaren, Kleidungsstücke usw. teurer zu bezahlen als der Arbeiter der Großstadt. Daß den Kollegen noch die Existenz möglich ist, ist nur der Wohlwille der Frauen und Kinder unter schwerer und langer Arbeitszeit auf ihren geringen Anwesen oder als Aushilfe bei den begüterten Bauern zu verdanken. Soweit das Hauptfachliche über das Lebens- und Kulturleben unserer Kollegen. Herabgehoben wurde, daß es hier nicht in erster Linie die Unternehmern sind, die sich gegen die Befreiung der veralteten Gebäude und Wohnstätten sträuben, sondern teilweise die bauende bäuerliche Bevölkerung, die bei dem Kollegen unter oben angeführten Gründen billiger wohnt, als mit Ausbezahlung des baren Lohnes. An unseren Kollegen liegt es nun, die Spitze des Zusammenstießes — der Organisation — in Anspruch zu nehmen, so werden auch sie durch anständige, aber mutige Betätigung in der Arbeiterbewegung zu einer „höheren Kulturhöhe“ emporgehoben. Lieber „Agitation“ führte Kollege Schmitt aus: alle, zu einer Schicksalsgemeinschaft zählenden Menschen, die unter dem Druck gleicher Verhältnisse zu leiden haben, haben sich zur Verbesserung ihrer Verhältnisse gegenseitig zu beraten und zu unterstützen, von ihren gemeinsamen Interessen und Ideen zu sprechen, sich zu gemeinsamen Willen und Handeln gegenseitig anzuregen und zu begeistern. Innere Ueberzeugung und äußere Betätigung sind vor allem zu erfolgreicher Agitation nötig. Wir agitieren nach verschiedenen Methoden und an verschiedenen Stellen, wie es uns gerade am zweckmäßigsten scheint, niemals nach einer bestimmten Schablone. Wir haben uns dem Charakter und den Verhältnissen nach eingerichtet und anzupassen, sei es Haus- oder Bunttagelohn, Flugblattverteilung oder Versammlung, eines muß das andere ergänzen. Die Hauptagitation bildet ganz besonders unter den organisierten Kollegen das Vereinsleben, die regelmäßige „Grundstein“-Verbreitung mit Beitragsaufzeichnung, regelmäßige Mitgliederzusammenkünfte sind von größtem Wert. Zum Schluß wurden die Kollegen ermahnt, die Ergebnisse der Konferenz praktisch zu verwerten und ihren Zahlstellen mitzuteilen, immer neue Streiter zu werben, das Banner des Verbandes immer weiter in die Kolongenteile zu tragen. Unsere Hauptstärke liegt in der Zahl der flaren Köpfe; sorgen Sie für deren Vermehrung, sorgen Sie dafür, daß unser nächstes Ziel, die zehnjährige Arbeitszeit, bald erreicht wird, daß an Stelle des Kostgebens und Tagelohns der Stundenlohn von mindestens 4 $\frac{1}{2}$ tritt. Nun ist vollständig Ihre Pflicht! An der Organisationsleitung wird es nicht fehlen.

Berlin. Die Session der Rührer hielt am 8. März ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff die Versammlung in üblicher Weise das Andenken der verstorbenen Mitglieder Wilhelm Reuendorf, August Strahe, Reinhold Senkel und Karl Lufski. Dann gab das Wahlkomitee das Resultat der Vorstandsarbeit bekannt. Zum ersten Vorsitzenden ist Ernst Schulze II, zum ersten Kassierer Karl Rehnig II gewählt worden. Ein Antrag der Charlottenburger Kollegen, für das Charlottenburger Volksaus einen Zuschuß von 60 zu erhalten, wurde gegen 30 Stimmen angenommen. Auch der Antrag des Bezirks Wilmerdorf, die Abhaltung der Wähler der Arbeitslosen in den Bezirken auch in den Sommermonaten vorzunehmen, wurde gegen eine Stimme angenommen. Es hat sich demnach jeder Kollege am Freitag oder Sonnabend gegen Vorzeigung der Inhaberskarte

in unseren Bezirkslokale, die noch durch eine Anzeige im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden, zu melden und erhält dann die Arbeitslosigkeit durch einen Stempel im Verbandsbuch bescheinigt. Die Arbeitslosenmarken können dann auf Ästen gehalten oder im Bureau gegen Vorzeigung des Verbandsbuchs in Empfang genommen werden; eine nachträgliche Meldung wird unter keinen Umständen anerkannt. Die Kollegen können sich auch im Bureau, Sophienstr. 6, melden. Dann gab der Vorsitzende Ernst Schulze einen Situationsbericht von der jetzigen niedergehenden Konjunktur und wies darauf hin, daß die Unternehmern dies dazu ausnützen, die Arbeitslöhne in schamvoller Weise zu drücken. Unter allen Umständen müsse unser Kampf an der bestehenden achtstündigen Arbeitszeit und 8 $\frac{1}{2}$ Abschlagszahlung festgehalten werden. Weiter machte Redner auf das Rundschreiben des Arbeitgeberbundes aufmerksam. Es ist nun Pflicht eines jeden Kollegen, fräftige Agitation für unseren Verband zu entfalten und sich an der Flugblattverbreitung, die am 16. März stattfindet, rege zu beteiligen. Am 19. März findet in Freyers Sälen, Kopenstraße 29, eine öffentliche Rührerversammlung statt.

Frankfurt a. M. Am 10. März hielt der Zweigverein seine Jahresversammlung ab. An der Hand des gedruckt vorliegenden Jahresberichts schilderte Kollege W. Schneider die wichtigsten Ereignisse des Geschäftsjahres 1907. Der Niedergang der Bautätigkeit machte sich besonders in Frankfurt a. M. bemerkbar. Rund tausend Maurer waren dort weniger als in den früheren Jahren beschäftigt. In den übrigen Orten des Zweigvereins, besonders in Offenbach, Höchst, Bad Nauheim und einer Anzahl Landorte, war die Bautätigkeit überaus gut, wodurch auch der von vielen Kollegen gefürchtete Niedergang der Mitgliederzahl nicht eintrat. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 7087; sie betrug im vorigen Jahre 7008. Aufgenommen wurden 915 Kollegen, ausgetreten sind 806, abgereist 761, ausgeschieden in andere Berufs übergetreten 349, gestorben 21, zum Militär eingezogen 195, ohne Abmeldung verschwinden 115. Die Zahl der Zahlstellen ist von 113 auf 119 gestiegen. Die Agitation mußte in Anbetracht der zu erwartenden Ereignisse im Jahre 1908 sehr lebhaft betrieben werden. Außer den regelmäßigen Sitzungen, die gemeinschaftlich mit dem Gauvorstande abgehalten wurden, wurden im Gebiete des Zweigvereins 338 Agitationsreisen unternommen, 227 Versammlungen abgehalten und 88 Besprechungen veranstaltet. Auch die Agitation auf den Baustellen wurde in den Arbeitsorten des Zweigvereins mit Erfolg wahrgenommen. In Frankfurt mußte wiederholt gegen die Wapfelanten eingeschritten werden. In neun Fällen waren die borgegebenen Strohmannen nicht mehr in der Lage, den Arbeitslohn aufbringen zu können; 46 Kollegen wurden hierdurch um die Summe von 1182 Mark, wovon ein Teil später durch Vermittlung der Verbandsleitung wieder eingetrieben wurde. Die Hausagitation wurde ebenfalls wieder vorgenommen, jedoch nicht in dem Maße wie in früheren Jahren; denn unter den jetzt noch Arbeitslosen sind nicht mehr viele tüchtige Kämpfer zu gewinnen. Der Erfolg der Lohnbewegungen ist erfreulich. In 18 Orten des Zweigvereins wurde eine Lohnerhöhung von 2 bis 12 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erzielt, und in einigen Orten, wo die elfstündige Arbeitszeit noch bestand, die gegenständliche durchgeführt. In Bad Orb, wo noch eine zwölfstündige Arbeitszeit bestand, wurde diese auf 10 Stunden herabgesetzt. In 12 Orten wurde das Errungene vertraglich festgelegt, in 8 Orten mußten Streiks geführt oder Bauzwecken verhängt werden. In zwei Fällen mußte zur Abwehr vorgenommener Lohnreduzierungen Sperren verhängt werden, in fünf Fällen wurden Kollegen durch Streiks in anderen Berufen in Mitleidenchaft gezogen. Streiks wurden geführt in Reichelsheim und Umgebung, Koppeln, Groß-Nauheim und in der Offenbacher Zementfabrik. Der Bauarbeiterstreik wurde durch die Anstellung eines ständigen Baukontrollors und die Bewilligung der Geldmittel zu diesem Institut gefördert. Zur Begründung der zu der jetzigen Bewegung gestellten Forderung auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung wurde eine umfangreiche Statistik in den Zahlstellen des Zweigvereins über die Entfernung vom Wohnort der Kollegen bis zum Arbeitsort, den Aufwand für Fahrgehalt, die Dauer der Abwesenheit vom Wohnort, über Lohnart, Lebensalter und Familienstand aufgenommen. Der Abgang an Verbandsliteratur ist zufriedenstellend. Es wurden verkauft: Jahresberichte des Zweigvereins 5249, Protokolle des Verbandstages 1617, Notizblätter 1500, gedruckte Unterrichtsblätter 310, Sekretariatsberichte 120, das Werk „Arbeits- und Kultur“ 35 und „Grundstein“ einbände 73 Exemplare. Den Kassierenbericht für das Geschäftsjahr 1907 gab Kollege Karl Schneider. Die Zahl der verkauften Marken bestätigt den stabilen Stand der Organisation trotz der schlechten Konjunktur und des Streikabtrages. Die Gesamtzahl der verkauften Marken ist von 264 781 in 1906 auf 266 468 gestiegen. Der Durchschnitt pro Mitglied beträgt 37,60 Beitragsmarken und 7,60 Ertragsmarken. Die Gesamteinnahme beträgt infolgedessen 204 044,53 Mark. An der Hauptkasse wurden abgehandelt: 99 202,56 für Streiks wurden ausgegeben, 1876,60 an Reichelsgeld, Rechtschutz, Kranken- und Sterbeunterstützung 17 687,55. Die Einnahme des Zweigvereins an Prozenten, Zuschlagsbeiträgen infolgedessen 96 094,53. Die Ausgaben 28 036,84. Somit verbleibt in der Zweigvereinskasse ein Bestand von 68 037,69. Die Ausgaben der Zahlstellen betragen 14 857, die Kasseneinnahme 6082,83. Die Korrespondenz des Zweigvereins war recht ausgedehnt. An Postkästen gingen ein 1973 Stück, aus 1540 Stück. In der Diskussion äußerten sich die meisten Redner zu dem Bericht in günstigem Sinne. Ein Antrag auf Entlastung der Zweigvereinsleitung wurde einstimmig angenommen. Die Revision des Ausschusses ergab die Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Als erster Kassierer wurde Kollege Wilhelm Schneider, als erster Kassierer Karl Schneider gewählt. Im folgenden Punkt hielt Kollege Güttmann einen Vortrag über Organisation und Agitation, der allgemeinen Beifall fand. Zu Punkt „Lohnbewegung“ ergriff Kollege Wilhelm Schneider den Stand der derzeitigen Vertragsverhandlungen und betonte, daß nun alle Vorbereitungen zu dem jetzt unumvermeidlichen Kampfe getroffen werden müssen. Zu dem im Offenbacher „Abendblatt“ und der „Volksstimme“ von der Verbandsleitung der Zimmerer einge-

Maurerlehrling Schloßte ein Rauerstein so unglücklich auf den Kopf, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Rosen. Am 10. d. M. ein auf dem Neubau des Industrieparkes in der Breitenstraße beschäftigter, in den letzten Jahren stehender Arbeiter eine im dritten Stock unbedeckte Stelle überreichten wollte, stürzte er durch diese auf die zweite Etage. Er wurde mit zertrümmerter Schädeldecke aufgehoben und in das städtische Krankenhaus gebracht. Der Verunglückte verschied schon auf dem Wege dorthin.

*** Samariterkursus in Wittweida.** Seit mehreren Jahren wurde unter der Bauarbeiterkassette Wittweidas der Wunsch ausgesprochen, einen Kursus über die erste Hilfeleistung bei Unfällen und Verletzungen auf Bauten abzuhalten. Auf Anregung des Kollegen Seidenberg kam auf ein solcher Unterrichtskursus zu Stande. Herr Krankenkassenarzt Dr. Möbius hatte sich bereit erklärt, den Unterricht zu erteilen, und zwar unentgeltlich. Es wurde wöchentlich eine Stunde unterrichtet, und zwar vom 21. November 1907 bis 20. Februar 1908. Teilgenommen haben neun Maurer, sieben Zimmerer und fünf Bauhilfsarbeiter. Eingeleitet wurde der Unterricht mit einer Erläuterung des anatomischen Menschen sowie des Blutkreislaufs. Von großer Wichtigkeit für uns war die Aufklärung über Notverhältnisse bei Knochenbrüchen, Blutergüssen, Pulsaderverletzungen, über künstliche Atmung und den Transport von Verunglückten. Ferner erteilte Herr Dr. Möbius Unterricht über Behandlung verschiedener Erkrankungen und Verletzungen. Nach Beendigung des Kurses fand dann am 22. Februar auf Veranlassung des Herrn Dr. Möbius eine Besichtigung der Möbelfabrikantenapparate im hiesigen Technikum statt, wobei Herr Ingenieur Bill die Einrichtungen erklärte und verschiedene Durchleuchtungen vornahm, was vortrefflich gelang und die größte Aufmerksamkeit erregte. Kurz und gut: der Kursus war sehr lehrreich und von wichtiger Bedeutung für den gesamten Bauarbeiterkurs; nur sollte Herr Dr. Möbius beim Unterricht öfter Fragen stellen. Dadurch würde das Gehörte wiederholt und den Teilnehmern tiefer eingeprägt. Zu begrüßen ist es, daß Herr Dr. Möbius versprochen im nächsten Herbst den Unterricht fortzusetzen und sich dazu die nötigen Lehrmittel und Bilder anzuschaffen, damit dann die Ausbildung auch im Praktischen erfolgen kann; der erste Kursus war mehr theoretisch. Sämtliche Teilnehmer werden daher ersucht, das nächste Mal wieder vollständig zu erscheinen und noch mehr neue Kollegen mitzubringen. Jetzt mögen sie aber dafür sorgen, daß auf jeder Baustelle auch ein Verbandkasten mit genügendem Verbandmaterial vorhanden ist; denn den Wert der schnellen Hilfe haben sie nun kennen gelernt. Gostentlich findet unsere Veranstaltung auch anderwärts Nachahmung; denn auch auf diesem Wege ist der Bauarbeiterkurs zu fördern.

Der Grund- und Bodennutzer. Die Casseler Bodenrentengesellschaft, von deren Aktienkapital sich ein erheblicher Teil im Besitze der Dresdener Bank befindet, hat von ihrem am Casseler Bahnhof liegenden Gelände 48 000 Quadratmeter für den Preis von 2 300 000 an den Eisenbahnfiskus verkauft. Der der Gesellschaft verbleibende Grundbesitz beläuft sich noch auf 821 800 Quadratmeter, wovon 60 000 ebenfalls am Bahnhof liegen und an das jetzt dem Eisenbahnfiskus verkaufte Gelände angrenzen. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 2 000 000, die Summe der zur Zeit noch auf dem Gesamtgrundbesitz haftenden Hypotheken 2 200 000.

Wenn das Aktienkapital von den Gründern voll eingezahlt worden ist, dann sind für das Gesamtterrain 14 Millionen Mark investiert. Nun ist für ein Viertel des Besitzes eine schon weit über die Hälfte des Anlagekapitals hinausgehende Summe heringekommen worden. Wird der andere Teil des Terrains zu denselben Preisen abgekauft, wie der an den Fiskus verkaufte Komplex, dann erzielt die Gesellschaft eine Einnahme von 17 1/2 Millionen Mark. Da können ruhig etliche Hunderttausende als Provisionen usw. gezahlt werden, die Terrainspekulanten steden jedenfalls, auch wenn sie noch etliche Jahre Steuern und Zinsen zahlen müssen, einen Gewinn an Wertzuwachs von mindestens zehn Millionen Mark ein.

Aber wenn die Spekulationen verpflichtet werden sollen, einen geringen Prozentsatz solchen Wucherprofits in der Form von Wertzuwachssteuern an die Gemeinde zu zahlen, dann geht die ganze heilige Ordnung zu grunde. Das ist "Vermögenskonfiskation". Sie selbst bewirken durch ihren Bodennutzer eine unerschöpfliche Steigerung der Mieten. Das ist ihnen ein "natürlicher" Zustand. Sollen sie jedoch Wertzuwachssteuer zahlen, dann sprechen sie über die "Gefahr der Mietssteigerung".

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Was hat der Unfallverletzte zu beachten?** Es ist eine häufig zu beobachtende Tatsache, daß Arbeiter, die an den Folgen eines Verkehrsunfalls erkrankt, nicht wissen, wie sie sich erhalten sollen, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Gerade am dem Gebiete der Arbeiterversicherung sollte der Arbeiter bestraft sein, sich wenigstens eine einigermaßen genaue Kenntnis der hauptsächlich für ihn in Frage kommenden Bestimmungen zu verschaffen. Allerdings ist ja in dieser Hinsicht in den letzten Jahren vieles von den Gewerkschaften und der Partei getan worden. Es sind Arbeiterkassen und Auskunftsstellen in den verschiedenen Städten Deutschlands ins Leben gerufen worden, um den Kranken und verletzten Arbeitern mit Rat und Auskunft zur Seite zu stehen und gegebenenfalls ihre Rechte wirksam zu vertreten. Diese Einrichtungen haben sich geradezu als eine wahre Wohltat für die Arbeiterkassen erwiesen. Der beste Nachweis ist jedoch die Rechtskenntnis! In vielen Fällen legt der von einem Unfall betroffene Arbeiter auf einen Unfall, der nur wenige Tage oder Wochen Erwerbsunfähigkeit zur Folge hat, wenig Gewicht. Hauptächlich bekümmert er sich nicht darum, ob der Unfall vom Unternehmer oder dessen Vorgesetztem ist. Andererseits merkt der Verletzte sich auch selten die etwaigen Folgen des Unfalls. Nach § 63 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes ist der Unternehmer oder dessen Bevollmächtigter verpflichtet, jeden Unfall, der länger als drei Tage Erwerbsunfähigkeit zur Folge hat, bei der Ortspolizeibehörde zu melden. Diese hat

dann eine Untersuchung einzuleiten, wenn die Verletzung einen Entschädigungsanspruch auf Grund des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes zur Folge haben wird. Dem Verletzten selbst ist seine gesetzliche Forderung gegeben, um den künftigen Unternehmer zur Meldung des Unfalls zwingen zu können. Hat dieser die Meldung unterlassen, so kann er vom Genossenschaftsvorstande mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft werden. Eine Kränke hat jedoch bekanntlich der anderen die Augen nicht auf. Für den Verletzten ist es aber von großer Bedeutung, daß jeder Unfall gemeldet wird; er ist daher in seinem eigenen Interesse verpflichtet, dies unter allen Umständen zu verlangen.

In denjenigen Fällen, wo nach Eintritt des Unfalls sofort Erwerbsunfähigkeit eintritt, hat der Verletzte weniger Schwierigkeiten von Seiten der Genossenschaft zu befürchten. Hier liegt in der Regel der Beweis, daß die Krankheit mit dem Verkehrsunfall im unmittelbaren Zusammenhang steht, klar auf der Hand. Und es läßt sich auch der Nachweis dafür leichter erbringen. Anders aber in den Fällen, wo sich von einem nichtgemeldeten Unfall, der leicht kurz vor Ablauf von zwei Jahren nach seinem Eintritt, Gesundheitsstörungen ergeben. Hier wird der Nachweis, daß die letzte Krankheit auf einen früheren Verkehrsunfall zurückzuführen ist, ungemein schwierig wenn nicht ausgeschlossen sein, sofern es der Verletzte nicht selbst unterlassen hätte, sich die etwaigen Zeugen des Unfalls zu merken. Kann in derartigen Fällen an die Berufsgenossenschaft der Antrag auf Gewährung einer Rente vor Ablauf von zwei Jahren nach Eintritt des Unfalls nicht mehr gestellt werden, so ist dies noch schnell bei der unteren Verwaltungsbehörde (Ortsbehörde) zu beantragen. Dadurch wird der Berufsgenossenschaft der Einwand der Verjährung des Anspruchs genommen. Für Unfälle, für die eine Entschädigung vom Amt wegen nicht festgestellt ist, wird nach Ablauf von zwei Jahren keine Rente mehr gezahlt. Der Verletzte wird dann mit allen seinen Ansprüchen abgewiesen. Im Ausnahmefalle kann jedoch trotzdem eine Entschädigung gewährt werden. § 72 Absatz 2 G.-U.-G. bestimmt hierüber folgendes: "Nach Ablauf der Frist (zwei Jahre) ist der Anmeldung nur dann Folge zu geben, wenn zugleich glaubhaft beigelegt wird, daß eine Entschädigungsanspruch begründete Folge des Unfalls erst später bemerkbar geworden oder daß der Entschädigungsanspruch von der Verfolgung seines Anspruchs durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgesehen worden ist, und wenn die Anmeldung innerhalb dreier Monate, nachdem das Syndikat für die Anmeldung weggelassen, erfolgt ist."

Die Anwendung dieses Absatzes setzt voraus, daß der Verletzte inzwischen wohl an kleineren, die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigenden Folgen gelitten hat, die sich später als direkte Ursache des Unfalls darstellten, und daß er auch bei Anwendung der pflichtgemäßen Sorgfalt nicht in der Lage war, dies früher zu erkennen. In der Regel wird diese Bestimmung bei Geisteskrankheit in Anwendung gebracht.

Besondere Vorsicht ist aber geboten bei Eintritt von Bruchschäden während der Arbeitszeit. Die Spruchprognose des Arbeitsvermerksamtes geht dahin, daß nur solche Zeilenbrüche als Verkehrsunfall angesehen werden, die sich als zeitliche Folge einer schweren körperlichen Anstrengung ergeben, die über das Maß der gewöhnlichen Arbeitsarbeit hinausgeht. Stellen sich also nach einer derartigen Anstrengung sofort Schmerzen ein, so ist es notwendig, den Polster davon in Kenntnis zu setzen und zugleich einen Arzt zu konsultieren. Nur dann ist sämtliche Gewissheit dafür vorhanden, daß ein Bruchschaden als "Verkehrsunfall" angesehen wird.

Bei der Geltendmachung des Anspruchs an die Berufsgenossenschaft ist folgendes zu beachten: In denjenigen Fällen, in denen nach Eintritt des Unfalls sofort Erwerbsunfähigkeit eintritt und vor Ablauf von 13 Wochen noch nicht gehoben ist, wird es zweckmäßig sein, schon in der zweiten Woche der Erkrankung den Antrag an die Berufsgenossenschaft zu stellen. Das Selbstverfahren zu übernehmen und eine Rente zu gewahren. Dadurch wird erreicht, daß die Genossenschaft frühzeitig eintritt. In anderen Fällen, also wenn Erwerbsunfähigkeit erst nach Ablauf von 13 Wochen eintritt, ist der Antrag sofort zu stellen. Er kann vom Verletzten selbst an die zuständige Genossenschaft gestellt werden und es bedarf hierbei keiner besonderen Formalität. Im späteren Verfahren (d. h. sobald man einen berufungsabhängigen Schrein in Händen hat) wird es aber notwendig sein, einen Arbeiterkassenrat oder sonst einen erfahrenen Gewerkschaftsangehörigen mit der Vertretung seiner Rechte zu betrauen. In keinem Falle wende man sich aber an einen sogenannten Winkelschlichter.

Tritt nun die Berufsgenossenschaft nicht gleich ein, so muß die Krankenkasse weiter zahlen, und zwar solange, bis die Genossenschaft wirklich eingeleitet hat. Allerdings nicht bei Verwendung der hantelförmigen Verpfichtungen (Jahres) - Rebut die Kräfte nach Ablauf von 13 Wochen die Gewährung weiterer Unterstützung ab, so ist diese Maßnahme mit Erfolg anfechtbar, weil sie nicht rechtzeitig begründet ist. Hat die Krankenkasse nun über 13 Wochen hinaus Unterstützung gewährt, so kann sie als Ersatz dafür höchstens die Hälfte von drei Monatsbeträgen von der an den Verletzten zu zahlenden Rente in Anspruch nehmen. Vom 29. Tage nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablauf der 13. Woche muß das Krankengeld auf zwei Drittel des bei seiner Verrechnung zu Grunde gelegten Arbeitslohnes erhöht werden. Beträgt er 14 (in jedem Falle) ist darüber Zustimmung getroffen, so beträgt die Erhöhung des Krankengeldes pro Tag mithin $\frac{1}{3} = 0,66\%$, und das Krankengeld pro Tag insgesamt $\frac{2}{3} = 0,66\%$.

Der Verletzte selbst hat den Nachweis, daß ein Verkehrsunfall vorliegt, nicht zu erbringen. Geht die Krankenkasse Bedenken gegen den Anspruch des Verletzten auf Unfallzulassung, so hat sie sich beim Vertriebsunternehmer oder bei der Ortspolizei hierüber Kenntnis zu verschaffen.

Polizei und Gerichte.

*** Urkundenfälschung zur Begünstigung des Streikbruchs.** Des verbrecherischen Mittels der Urkundenfälschung hat sich der Putschmeister Krämmer bedient, um während des vorjährigen Kampfes im Wangerwerder Baugebiet bei solchen Bauunternehmern ausfinden zu können, welche den Tarifvertrag der Putschsektion des Maurerverbandes nicht anerkannt hatten. - Um eine Kontrolle darüber zu haben, daß nicht unter anderen als den Bedingungen ihres Tariffs

gearbeitet werde, hatte die Putschsektion beschlossen, daß ihre Mitglieder nur bei solchen Unternehmern arbeiten dürften, welche den Tarif unterschrieben und im Bureau der Putschsektion niedergelegt hatten. Putschmeister Krämmer hatte Bauunternehmern für den Bauunternehmer David Joseph angetragen. Um die Arbeiten auszuführen, benötigte er eine Anzahl Putsch, die er aber nur von der Sektion des Maurerverbandes bekommen konnte. Da David Joseph den Tarif nicht bewilligt hatte, wurde Krämmer keine Putsch von der Sektion bekommen haben. Krämmer nahm also ein Formular des Tarifvertrages, fälschte selbst den Namen "David Joseph" darunter, fügte auf einen Stempel der Firma hinzu, und gab den so gefälschten Tarif im Bureau der Putschsektion ab. Hier konnte natürlich niemand an eine Fälschung denken: Man hielt die Unterschrift für echt und Krämmer besaß die Putsch, die nun in dem Glauben, der Bauunternehmer habe den Tarif bewilligt, mit Krämmer zusammen arbeiteten. Aber mit diesem Falle waren die Fälscherhänden des Putschmeisters noch nicht erschöpft. Er mußte auch jeden Einzelvertrag, den er mit Bauunternehmern abschloß, von der Putschsektion unterstempeln lassen, um den mit ihm zusammen arbeitenden Putschern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Bauunternehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Bau David Joseph bekam er den Sektionsstempel auf Grund des eingereichten gefälschten Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeiten bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier beschloß Krämmer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er sie mit einem Stempel der Putschsektion versah, den er sich selbst hatte anfertigen lassen. In einem besonderen Falle hat Krämmer außerdem seine Mitarbeiter dadurch bemogelt, daß er ihnen einen Putschvertrag vorlegte, laut dessen er für den Quadratmeter Fassadenputz 1,70 erhielt, während er in Wirklichkeit mit dem Unternehmer einen Vertrag über 1,25 abgeschlossen hatte.

Die betriebsförmigen Manipulationen Krämmer's führten zu einer Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung in mindestens drei Fällen und wegen Betruges. Am 11. März fand die Verhandlung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I statt. Die Feststellung der Personalien des Angeklagten ergab, daß Krämmer schon oft verurteilt ist. Er ist schon beim Militär - jedenfalls war er Unteroffizier - wegen mehrfacher Mißhandlung mit Freiheitsstrafen und Degradation bestraft. Weiter hat er eine Menge Strafen wegen Diebstahls, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Urkundenfälschung, Mißhandlung und Hebelsetzung des Krankenversicherungsgesetzes erlitten. Die ihm zur Last gelegten Fälschungen gab Krämmer zu. Er führte aber zu seiner Entschuldigung an, er sei durch Streiklohn arg bedrängt worden und habe deshalb zu dem Mittel der Fälschung greifen müssen, um arbeiten und leben zu können. Die Beweisführung war sehr eingehend. Sie erstreckte sich hauptsächlich auf Einzelheiten hinsichtlich des Tarifs und Vertragsabschlusses, der Gepflogenheiten im Putschgewerbe usw. Die Aufklärung mit dem Betrage, der fälschlich 1,70 als Preis für den Quadratmeter angebot, beschönigte der Angeklagte damit, daß er aus dem ihm verbleibenden Ueberbiete die Träger bezahlt habe, die nach dem Tarif der Putschsektion vom Bauunternehmer bezahlt werden müssen. Die Argumentationen des Angeklagten über seine angebliche Bedrängung durch Streiklohn und seine eigene Arbeitslosigkeit verfehlten ihre Wirkung im Gerichtssaale nicht.

Der Staatsanwalt legte in längeren juristischen Ausführungen dar, daß der Tarifvertrag als Urkunde angesehen sei, die Beweiskraft vor Gericht hat. Dasselbe gelte von den Einzelverträgen, die hier in Frage kommen. Der Angeklagte habe sich also der schweren Urkundenfälschung in zwei Fällen schuldig gemacht. Betrag liegt jedoch nicht vor; denn wenn der Angeklagte in dem fraglichen Falle 1,25 pro Quadratmeter bekam, den Putschern aber nur 1,70 auszahlte, so habe er als Meister diese Differenz für die Kosten des Trägers und für seine sonstigen Aufwände in Anrechnung bringen dürfen. Hinsichtlich der Urkundenfälschung sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte arbeiten mußte, wenn er leben wollte, daß er also einen Akt sozialer Notwehr ausübte, wenn er sich durch Fälschung der Unterschriften, die Möglichkeit zu arbeiten verschaffte. Der Angeklagte habe durch die Fälschung niemand betrogen, sondern nur seine Arbeitskraft verwerten wollen. Die Straftaten seien deshalb nicht so hart zu beurteilen. Für die Fälschung des Tarifs beantragte der Staatsanwalt einen Monat, für die Fälschung eines Einzelfalles zwei Wochen, zusammen einen Monat und eine Woche Gefängnis.

Der Verteidiger Seymann schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und bemerkte noch dabei: Der Zentralverband der Maurer, Sektion der Putsch, ist ein sozialdemokratischer Verband, und weil der Angeklagte kein Sozialdemokrat ist, fand er keine Aufnahme im Verband; er hat nur aus Notwehr gehandelt, da er nicht verhungern wollte. Er beantragte die Freisprechung. Sollte das Gericht eine längere Freiheitsstrafe verhängen, so bitte er, die Strafe so zu bemessen, daß für den Angeklagten die höchste Gnade in Anspruch genommen werden könne.

Das Gericht sprach den Angeklagten von der Anklage des Betruges frei, weil durch die Differenz zwischen dem Preise, den er erhielt, und dem Preise, den er zahlte, der Angeklagte keinen Vermögensvorteil erzielte und auch die Putsch keine Vermögensschädigung erlitten hätten. Auch konnte in diesem Falle, da der betreffende Vertrag nicht vorlag, keine Urkundenfälschung festgestellt werden. In den beiden anderen Fällen hielt das Gericht schwere Urkundenfälschung für vorliegend. Tarifverträge seien beweiskräftige Urkunden, die im bürgerlichen Rechtsverkehr von erheblicher sein können. Die Fälschung des Tarifvertrages stelle sich als eine qualifiziertere Fälschung dar. Dasselbe gelte von dem einen Einzelvertrage. Was das Strafmaß betrifft, so sei nicht zu verkennen, daß es sich hier um Verträge handelt, die bestimmt sind, wirtschaftliche Kämpfe zum Abschlusse zu bringen und solche für die Zukunft zu verhindern. Wer solche Verträge verletzt und fälscht, verdirbt seine Strafe. Auf der anderen Seite müsse aber berücksichtigt werden, daß im Kampfe der Parteien häufig die schärfsten Mittel zum Zweck angewandt werden und

daß sich der Angeklagte in einer Zwangslage befunden habe, weil der Arbeitgeber, bei dem er Beschäftigung gefunden hatte, den Tarif nicht bewilligen wollte. Da der Angeklagte ohne diese Bewilligung keine Arbeiter vom Maurerverband bekommen konnte, so habe er sich gezwungen, die Forderung des Tarifs zu greifen, um arbeiten zu können. Das sei schärf zu beurteilen. Wenn auch der Angeklagte schon oft bestraft sei, so seien doch seit der letzten Strafe schon zehn Jahre verstrichen, auch sei zu bedenken, daß eine Freiheitsstrafe von längerer Dauer den 66 Jahre alten Angeklagten schwer treffen würde. Das Gericht hat aus diesen Gründen den Angeklagten wegen schwerer Arbeitsverweigerung in zwei Fällen mit drei Wochen Gefängnis bestraft.

Der Bürgermeister Kämmer kann von Glück sagen, denn er hat milde Richter gefunden. Streikende Arbeiter, die sehen, daß sie durch Streikbrecher an der Verbesserung ihrer Lage gehindert werden, können mit mehr Recht als Bürgermeister Kämmer sagen, daß sie sich in einer sozialen Notlage befinden. Wenn aber ein Streikbrecher eine unvollständige Bemerkung zu einem Streikbrecher macht und deshalb angeklagt wird, dann pflegt er nicht so milde Richter zu finden, und seinem Staatsanwalt wird es einfallen, einem Streikenden einen Akt sozialer Notwehr als Mordgrund zuzugestehen.

Wer ist ein „Anderer“ im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung? Wer andere durch Anwendung körperlicher Zwangs, durch Drohungen, durch Verleitung oder Verführung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen gemäß § 152 teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, wird nach § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Bei diesen Verabredungen handelt es sich bekanntlich um die durch § 152 den „Gewerbetreibenden, gewerblichen Schülern, Gesellen oder Fabrikarbeitern“ freigegebenen Verabredungen und Vereinigungen „zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einschränkung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter“.

Begreift sich „andere“ nur auf dieselben Gruppen, also nur auf Arbeiter gegen Arbeiter, beziehentlich Arbeitgeber gegen Arbeitgeber? In diesem engeren Sinne hat das Kammergericht in früheren Entscheidungen (21. Mai 1891, 15. September und 8. Dezember 1898) die unersetzte Erachtens allein zulässige engere Auslegung vertreten. Aber die Kammergerichtsdoktrinen hat bereits aus den neunziger Jahren ein gegenständliches Urteil (vom 9. April 1894) aufzuweisen und hatte sich in den letzten Jahren fast uneingeschränkt zu der weitestgehenden, den Arbeitern ungünstigsten Auslegung bekannt. In einem am 9. März ergangenen Erkenntnis ist es zum Teil zu der älteren Auslegung zurückgekehrt. Der Fall lag folgendermaßen:

Der Maurer Krause zu Nixdorf war wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung vom Landgericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Auf zwei nebeneinander stehenden Neubauten in der Dorfmannstraße zu Nixdorf, die demselben Bauern und demselben Baumeister hatten, arbeiteten im Sommer 1906 neben einem christlich organisierten Maurer Schulz nur Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Aus Anlaß einer Nachricht aus dem Rheinland, wonach der christliche Verband einen minderwertigen Tarif eingegangen war, beschloßen die Mitglieder des Zentralverbandes in der gemeinschaftlichen Baubude, mit dem christlich organisierten Kollegen Schulz nicht mehr zusammen zu arbeiten und die Arbeit niederzulegen, wenn er nicht entlassen werde. Der Angeklagte Krause und ein nicht ermittelter Maurer erhielten den Auftrag, den beiden Polieren dies zu unterbreiten. Die Poliere erklärten, die Verbändler könnten ihre Papiere kriegen, worauf diese nach dem Frühstück die Arbeit ruhen ließen. Die Angelegenheit erledigte sich dann dadurch, daß Schulz, der Christliche, selber aufhörte. — Das Landgericht erachtete nun für schlüssend, daß man nur die Entlassung des Schulz herbeiführen wollte, so daß eine Einwirkung auf Schulz im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung nicht in Frage komme. Dagegen kam das Landgericht zu der Überzeugung, daß der Angeklagte (in Gemeinschaft mit dem zweiten Mitwirkenden) die beiden Poliere durch Drohung (mit dem Streik nämlich) zu bestimmen versucht habe, einer Verabredung der Verbandsmaurer zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen Folge zu leisten. Die Poliere seien „andere“ im Sinne des § 153. Es wäre unerheblich, daß sie nicht zu den Berufsge nossen des Angeklagten im engeren Sinne des Wortes gehörten. Ferner sei der Beschluß in der Baubude eine Verabredung zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen gewesen; denn es sei den im Zentralverband organisierten Maurern darauf angekommen, mit der Entlassung des im christlichen Verein organisierten Schulz, der ihnen lästig war, das Arbeitsverhältnis für sich angenehmer zu gestalten. Es sei ihnen angenehmer gewesen, nur mit den die gleichen Interessen verfolgenden Genossen zusammen zu arbeiten. Die Poliere hätten nun durch die von Krause vortragene Drohung, die Arbeit niederzulegen, gezwungen werden sollen, durch Entlassung des Schulz jener Verabredung Folge zu leisten.

Der Angeklagte legte Revision ein. Rechtsanwalt Wolfgang Heine, sein Vertreter, rügte in doppelter Beziehung Unrichtigkeit der Vorentscheidung. Falls sei die Auslegung des Begriffs „günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Nach dem Gelehr und dem Willen des Gesetzgebers könne es sich immer nur um Bedingungen handeln, die das Vertragsverhältnis, den eigentlichen Inhalt des Arbeitsvertrages zwischen den Parteien selbst betreffen. Dazu gehöre es nun keineswegs, wenn die Arbeiter in einem konkreten Falle erklärten, lieber ihre Arbeit aufgeben zu wollen, als mit einem ihnen unangenehmen Kollegen zusammen zu arbeiten. Dann stehe in Widerspruch zur Geschichte der Gesetzgebung die Auffassung des Landgerichts, daß das Vergehen gegen die Poliere nach § 153 der Gewerbeordnung strafbar wäre. Der Entfall legte dies eingehend dar und machte u. a. geltend, daß man sich nicht an die Worte „andere“ und „Folge leisten“ klammern dürfe. Tatsächlich hätte mit § 153 nur der

Zwang getroffen werden sollen, den etwa Arbeiter gegen andere Arbeiter oder Arbeitgeber ausübten, um sie zur Beteiligung an solchen Verabredungen zu zwingen. Auch Landmann im Kommentar zur Gewerbeordnung vertrete diesen Standpunkt. Es kämen somit die Poliere als Vertreter des Arbeitgebers hier überhaupt nicht als „andere“ im Sinne des § 153 in Betracht.

Der erste Straffenal des Kammergerichts folgte dem Antrage des Anwalts, hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei. Es wurde ausgeführt: Das Reichsgericht meine in seiner letzten bezüglichen Entscheidung (8. Juni 1907, Band 40, S. 268), daß gegen den Arbeitgeber selbst, der durch Streik veranlaßt werden solle, eine Forderung zu bewilligen, ein Vergehen gegen § 153 nicht dadurch begangen werden könne, daß ihm der Streik vorher angekündigt werde. Wenn nach dem Beginn eines Streiks der Arbeitgeber nach dem Grunde fragen würde und die Arbeiter würden das beantworten, so würden sie nicht bestraft werden können. Ebenso gut müßten sie vorher sagen können, daß man aus dem und dem Grunde streite. Andererseits sei „nicht ganz unmöglich“, ein Vergehen aus § 153 gegen den Gegner im Lohnkampfe. So könne z. B. (Bayerisches Oberlandesgericht) durch Drohungen gegen einen Arbeitgeber, der mit einer Schar Arbeiter in ein Streikgebiet kommen wolle, beabsichtigt werden, den Zugang seiner Arbeiter fernzuhalten und dadurch die Koalition zu härten. Vorliegend sei nun die Verabredung der beteiligten Arbeiter dahin gegangen, den mißliebigen Christlichen wegzubringen. Das Mittel zur Erreichung dieses Zieles sei die Arbeitsniederlegung gewesen. Wenn den Polieren gedroht wurde, man werde die Arbeit niederlegen, so hätten sie dadurch nicht bestimmt werden sollen, an der Verabredung teilzunehmen, sondern nur dazu, als Vertreter ihres Arbeitgebers das Ziel des Streiks, die Entlassung des Sch., zu bewilligen. Die Sache liege genau so, als wenn der Arbeitgeber selbst es bewilligen sollte. Somit liege kein Vergehen gegen den § 153 vor.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 24 des 26. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Karl Marx zum Gedächtnis. — Marx und das Proletariat in der bürgerlichen Revolution. Von Henriette Holand-Goltz. — Karl Marx und sein politischer Gesichtspunkt. Von Karbus. — Verfall der Klassenkampfes von Marx. Von Th. Hofstein (London). — Marx als Verfechter der Sklaverei. Von Karl Kautsky. — 1848 und 1908. Von Georg Ledebour. — Zeitschriftenkatalog. Feuilleton der „Neuen Zeit“ Nr. 3: Karl Marx und das Gleichnis. Von F. Mehring. Das flüssige Geistesleben der englischen Arbeiter. Von John Schiffofski. Ludwig Thoma. Von Heinrich Ströbel. — Bücherkatalog: Nicarda Hud. „Der Dampf um Nom“. Johannes W. Jensen, „Gimniallands-geschichten“. Magister F. G. Laubhards Leben und Schicksale. — Lese-Blätter: Vom Grabe Thomas Moores zum Grabe von Karl Marx.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Postportale zum Preise von 1/2 3/5 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 s.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

Wanderer, Verb.-Nr. 302-244. Vielen Dank für die Zukliff! Sie enthält manches interessante für uns. Nur Kopf hoch! Wer zuletzt lacht, lacht am besten!

Krausig. Ein staatlicher Zwang zum Besuch eines derartigen Unterrichts besteht nicht; nur der Schulunterricht darf nicht verläßt werden.

Deunhausen, St. Sch. Ein durch Unfall invalide gewordener Arbeiter, der heute bezieht, ist deshalb nicht an einen bestimmten Bezirk gebunden, sondern kann hinziehen, wohin es ihm beliebt und dort auch Arbeit übernehmen. Eine Verpflichtung, der in Betracht kommende Berufsvereinschaft von dem Bezugs Mitteilung zu machen, besteht ebenfalls nicht. Um aber sicher und schnell in den Besitz der Rentenansprüche zu gelangen, dürfte es sich empfehlen, dieses dennoch zu tun.

Alfred B. Wir verfühlen uns nur Unfälle, die sich auf Bauten ereignen. Aus diesem Grunde müssen wir die Aufnahme des eingeleiteten Berichts über einen Unfall in der vorigen Zukliff ablehnen.

Vochow, J. M. Bochum, Wiemelshausenstr. 38/40.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Der Maurer **Karl Panly** aus Hofen a. d. Elbe wird wegen Erkrankung seines Vaters ersucht, seine Adresse sofort anzugeben.

Der Maurer **Wilhelm Büttner** aus Hannover wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Über etwas über seinen Aufenthalt weiß, möge dies an seinen Verwandten: **Andreas Bauer**, Nürnberg, Spenglerstr. 4, mitteilen. [M. 1, 20]

Kollegen und Zweigvereinsvorstände, die den Aufenthalt des **Maurers Karl Wodrich**, geb. 28. September 1879 zu **Vöhrmannsdorf**, früherer Verb.-Nr. 61 123, kennen, werden ersucht, dies dem Kassierer der Bezirksstelle **Senney i. Rhld.**, mitzuteilen. [M. 1, 50] **Heinrich Herold**, Kassierer.

Kollege **Johann Hesse** von **Nümmershausen**, Nr. Trautenberg, wird gebeten, mir seine Adresse anzugeben. **Karl Bubenheim**, [M. 1, 20] **Ulrich 1** Neumarkt 5 zur Eintracht

Sterbetafel.

Breslau. Am 8. März starb unser Verbandskollege **Hermann Hahn** im Alter von 24 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Dauig. Am 11. März starb der Kollege **Simon Klein** im Alter von 44 Jahren an Lungenschwindsucht. **Freiwald a. d. O.** Am 9. März starb unter treuen Verbandskollegen **August Lüdersdorf** im Alter von 41 Jahren nach langem Krankenlager an Lungentuberkulose.

Savelberg. Am 11. März starb unter treuer Verbandskollege **Ferd. Peters** im Alter von 61 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Karlruhe. Am 12. März starb, in der Verbandskollege **Alfred Brütigam** im Alter von 32 Jahren an Lungentuberkulose.

Lübeck. Am 9. März starb unser Kollege und Ehrenmitglied **Karl Plambeck** im Alter von 67 Jahren an Lungenerkrankung.

Magdeburg. Dahien war leben. Am 7. März starb nach langem Leiden unser Mitglied **August Glade** im Alter von 61 Jahren. — **Domer s. Leben.** Am 13. März starb plötzlich auf dem Wege zur Arbeit unser Mitglied **Friedrich Tiefer** im Alter von 44 Jahren.

Minden. Steinderg. Am 9. März ist unser Verbandskollege **Wihl. Christian Heinrich Ossenkop** im Alter von 81 Jahren an Kopf- und Lungenerkrankung gestorben.

Münchheim-Oberhausen. Am 9. März verschied nach fast vierjähriger Krankheit unser langjähriges Mitglied **Ewald Bilhard**. Er war in seinen letzten Tagen ein eifriger Agitator für unsere Sache.

München. Gaißhausen. Am 1. März starb unser langjähriges, treues Mitglied **Franz Gigl** im Alter von 49 Jahren nach längerem Leiden an Leberverhärtung. — **Neuhäusen.** Am 6. März starb unser langjähriges Mitglied **Ludwig Stöckl** im Alter von 46 Jahren an Herzerkrankung.

Reihe-Wiesau. Am 12. März starb unser treuer Verbandskollege **Carl Fuhrmann** im Alter von 20 Jahren an Lungenschwindsucht.

Reinhardsleben. Am 12. März starb unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Heutling** im Alter von 23 Jahren an gefährlichem Fieber.

Reinhausen. Am 13. März starb unser Kollege **Philipp Vollhardt** im 61. Lebensjahre an Lungenerkrankung.

Reumünster. Am 12. März starb unser langjähriger Kassierer, der Kollege **Chr. Bül**, im Alter von 53 Jahren an Lungenerkrankung. Der Verstorbene war Mitbegründer des Zweigvereins.

Reichenbach i. Schl. Am 13. März starb unser Kollege **Heinrich Bauer** aus **Pölla** im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung.

Saarbrücken. Am 9. März starb unser langjähriges Mitglied **Gustav Gericke** aus **Philippsthal** im Alter von 50 Jahren an Magenkrebs. — Am 12. März verschied der Kollege **Friedrich Wirth** aus **Philippsthal** im Alter von 28 Jahren an Lungenschwindsucht.

Ehre ihrem Andenken!

Veranstaltungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstag, den 22. März.

Bernau. Nachm. 3 Uhr im Lokale der Frau Hoffmann, Ecke Kaiser- und Gassenstraße. Referent anwesend. Mitglieder mitbringen! Nachm. 2 Uhr im „Schwan“ zum goldenen Schwert. — Z. D.: Bericht vom Sonntag.
Freistadt. Mittags 1 Uhr im „Franken Lokale“. Referent anwesend. Z. D.: Die Kohnführung seitens der Untereingew.
Granssee. Mittags 1 Uhr bei Ernst Müller, Schloßweg 616. Vorhanden.
Jessen. Nachm. 3 Uhr bei Ernst Müller, Schloßweg 616. Vorhanden.
Sommerfeld. Nachm. 2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im „Kühnlokal“. Referent anwesend.
Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im „Schwan“. Bericht von der Gaukonferenz. Referent anwesend.

Dienstag, den 24. März.

Liegnitz. Abends 6 1/2 Uhr. Z. D.: Soll der Vertrag getätigt werden?
Neusalz. Abends 6 Uhr im „Deutschen Kaiser“.
Torgau. Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Mittwoch, den 25. März.

Hamburg. (Sektion der Zementier.) Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal, 1. Etage.

Donnerstag, den 26. März.

Muskau. Nachm. 6 1/2 Uhr bei Wodrich.
Nürnberg. (Friedenstempel.) Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 27. März.

Artern. Nachm. 3 Uhr im „Schwan“. Referent anwesend.
Bleekede. Nachm. 3 Uhr. Väter mitbringen!
Döbeln. Nachm. 8 Uhr. Mitgliederversammlung ist mitzubringen.
Hintersee. Nachm. 10 1/2 Uhr bei Peter, Lützenburg. Z. D.: Bericht des Referenten vom Sonntag, Bericht des Referenten.
Langenwetzendorf. Nachm. 3 Uhr bei Esen.
Völkershäuser. Nachm. 2 1/2 Uhr im Lokal „Zur Krone“. Referent: Kollege Völkershäuser. Mitglieder mitgebracht werden.
Züllschau. Nachm. punkt 3 Uhr bei Herrn Klopff. Referent anwesend.

Öffentliche Maurerverammlung.

Mittwoch, den 25. März.

Blitterfeld. Abends 7 Uhr im „Goldensiedel“. Z. D.: Die Kreisversammlung der Schmarmer im Gewerkschaftshaus. Referent: Kollege Kopp-Beilsp.

Donnerstag, den 26. März.

Coblenz. Nachm. 1 1/2 Uhr im „Goldenen Ring“.

Druck: Sainburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Sainburg.